

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschusskasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Bezugspreis für das Vierteljahr 9 M. zuzüglich der jeweils geltenden Postgebühren

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauarbeiterverbande**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr.  
Verkehrs-Anzeigen werden mit 5 M. für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet

## Frühling am Bau — die Verbandsarbeit ruft!

Endlich hat auch dieser Winter seinen Abschied genommen. Ganz ungewohnt lang und strenge, hat er den arbeitenden Klassen ihre durch Teuerung und Mangel an Nützlichem so schon ungeheurer große Not noch peinvoller gemacht, besonders seit manche große Städte noch von einem empfindlichen Feuerungsangel heimgegriffen werden. Von allen Berufen haben die am Bau Beschäftigten unter diesem Winter wohl am meisten zu leiden gehabt. Lange Wochen war die Bauarbeit überhaupt eingetroren. Ende Januar war nahezu ein Fünftel der Mitglieder unseres Verbandes arbeitslos gemeldet. Es gab eine ganze Reihe von Vereinen, namentlich in den größeren Städten, wo die Hälfte der Mitglieder und noch mehr durch den Frost zum Feiern gezwungen war. Als die Arbeit dann um die Mitte des Monats März nach und nach wieder begonnen hatte, sind die Bauarbeiter noch oftmals durch Frost, Regen und Schnee von der Baustelle vertrieben worden; denn bis in den April hinein hat der Winter sein Herrschaftsrecht diesmal hartnäckig behauptet, und erst ganz allmählich bequem er sich, seinem milderen Nachfolger Platz zu machen. Jetzt scheint seine Kraft endgültig gebrochen zu sein, wenigstens wird er die Bauarbeiter nicht mehr von ihrer Arbeit verdrängen. Nach dem Arbeitslosenzählergebnis vom 27. März waren an diesem Tage nur noch 4,35 vom Hundert der beteiligten Mitglieder arbeitslos. Dies Verhältnis wird inzwischen noch weiter zusammengekrumpft sein. In unserer Arbeitsmarktlücke häufen sich die Rufer nach Mauern.

Auf den Bauten ist es also nach diesem so ungewöhnlich schweren Winter wieder Frühling geworden. Mit der Arbeit geht es wieder vorwärts, und wenn nicht alles trägt, kommt sie in diesem Frühjahr bedeutend eher und lebhafter in Gang als vor einem Jahre. Mit der Arbeit beginnen aber auch die Kämpfe um die Lebensbedingungen. Denn die Teuerung gönnte sich inzwischen keine Pause. Sie ist weiter gestiegen, und wohl oder übel müssen ihr die Löhne angepaßt werden. Da muß sich nun jedes gewissenhafte Verbandsmitglied fragen, hat unsere Kampfrichtung den Winter so gut überstanden, daß wir den kommenden Stürmen getrost entgegensehen dürfen?

Ein sorglicher Hausvater wird nach überstandenen Winter prüfen und wiederherstellen, was Frost und Sturmweeter losse und klapperig werden ließen, namentlich wenn er ein Hauschen sein eigen nennen darf, oder sei es, wie bei sehr vielen unserer Mitglieder, auch nur ein Gärtchen mit einer Laube darin. So halten wir es mit unserm Verbandsverbande auch. Aus Erfahrung wissen wir, daß viele der im Laufe des Jahres für den Verband gewonnenen Mitglieder mit dem Aufhören der Bauarbeit auch ihre Mitgliedschaft wieder aufgeben. Wir müssen mit diesen Arbeitsbrüdern ein gutes und ernstes Wort reden, damit sie den Weg zum Verbandsverbande finden und ihm dauernd erhalten bleiben. Denn das ist ein Hauptmerkmal für die Güte unserer Kampfrichtung, daß sie um so besser ist, je mehr alle Bauarbeiter geschlossen und in Einigkeit unserm Verbandsverbande angehören. Wieviel uns in dieser Hinsicht noch zu tun vorbehalten ist, soll uns ein kurzer Rückblick auf die Ergebnisse der vorjährigen Mitgliederbewegung lehren.

Das Jahr 1920 hatte unsern Verbandsverband im ersten Halbjahr einen Zuwachs gebracht von 71 134 Mitgliedern. Damit kam der Mitgliederstand auf die wieder vorher noch nachher erreichte Höhe von 495 087 Mitgliedern. Dagegen ergab das zweite Halbjahr eine Abnahme um 29 343 Mitglieder, so daß das Jahr nach einem Gewinn von 41 791 Mitgliedern mit einem Bestände von 465 744 Mitgliedern abschloß. Im Jahre 1921 hat das späte Jungangkommen der Bautätigkeit die Mitgliederbewegung stark beeinträchtigt. Anstatt einer

Zunahme wie im Jahre vorher, brachte das erste Quartal noch einen Verlust von 7683 Mitgliedern, so daß der Verband damals 458 061 Mitglieder zählte. Das zweite Quartal brachte dann einen Gewinn von 12 000, das dritte Quartal einen etwas schwächeren Gewinn von 11 324 Mitgliedern. Der Mitgliederzugang stellte sich also auf 23 324 gegenüber 71 134 im Jahre vorher. Durch diese Mitgliederzunahme kam die Mitgliederzahl am Schlusse des zweiten Quartals auf 470 061 und am Schlusse des dritten Quartals auf 481 385, den für 1921 höchsten Mitgliederstand. Im vierten Quartal ging es dann wieder bergab, allerdings in einem bedeutend geringeren Maße als im Jahre vorher. Die Mitgliederzahl verringerte sich diesmal bis zum Jahreschlusse um 4100, im vierten Quartal des Vorjahres um 17 772. Ende 1921 zählte der Verband 477 825 Mitglieder. Es war ihm aus der Mitgliederbewegung des ganzen Jahres somit ein Gewinn verblieben von 11 541 Mitgliedern oder 2,5 vom Hundert des am Jahresanfang vorhanden gewesenen Mitgliederbestandes. Das ist ein bedeutend geringeres Ergebnis als im Jahre vorher, wo der Gewinn, auf das Mitgliederhundert berechnet, immer noch 9,9 betragen hatte. Uebersichtlich zeigen die Quartale folgende Ergebnisse:

	1920	Zu (+) oder Abnahme (-) gegen das Vorquartal	1921	Zu (+) oder Abnahme (-) gegen das Vorquartal
1. Quartal...	459 544	+ 85 591	458 061	- 7 683
2. " .....	495 087	+ 35 543	470 061	+ 12 000
3. " .....	488 516	- 11 571	481 385	+ 11 324
4. " .....	465 744	- 17 772	477 825	- 4 100

Was aber eben von der unbedingten Notwendigkeit eines starken Verbandes überzeugten Kollegen ganz besonders zu eifrigster Werbearbeit anspornen muß, das ist der aus dem Zu- und Abgang, aus dem Ein- und Ausritten sich Jahr für Jahr ergebende unverhältnismäßig große Mitgliederverlust. Im Jahre 1921 sind nach den Berichten der Vereine allein 177 303 Mitglieder neu in den Verband eingetreten, dazu kamen aus andern Verbänden 54 180. Diejem Zugang von 231 483 Mitgliedern steht aber nur ein Gewinn von 11 541 Mitgliedern, also noch nicht ein Zwanzigstel gegenüber. Dabei ist freilich ein schlechterdings nicht zu verzeihender Verlust zu berücksichtigen, der, zusammengefaßt aus 3294 gestorbenen, 64 139 aus dem Verbandsverbande ausgetretenen oder zu andern Verbänden übergetretenen Mitgliedern sowie 1056 Ausgeschlossenen, 68 494 Mitglieder betrug. Außerdem mußten 47 820 Mitglieder als Beitragsbummelanten gestrichen werden. Und dann verbleibt immer noch ein Abgang von 103 628 Mitgliedern, deren Verbleib nicht nachzuweisen ist; ohne eine Spur zu hinterlassen, sind sie dem Verbandsverbande verlorengegangen.

Viele von ihnen werden jetzt wieder zur Bauarbeit zurückkehren. Da erwächst unsern Verbandsmitgliedern die unabwiesliche Pflicht, alle Einrichtungen zu treffen, damit sie wieder in unsere Reihen eintreten. Das Wohl der in unsern Verbände vereinigten Mitglieder, der Erfolg seines ferneren erfolgreichen Wirkens hängt geradezu davon ab, daß wir uns bei Beginn der Bauzeit wie in früheren Jahren so auch diesmal der Werbearbeit besonders annehmen. Kein Mitglied wird es angeht, der vorstehend genannten Zahlen für überflüssig halten, wenn wir uns daran gemahnen, auf diesen Teil unserer Verbandsarbeit mit bester Eingabe bedacht zu sein. Es handelt sich nicht nur darum, die unorganisierten Bauarbeiter, von denen wohl der größte Teil zu den spurlos aus der Mitgliedschaft wieder Verschwindenden gehört, aufs neue zum Eintritt in den Verband zu bewegen und es dann darauf ankommen zu lassen, ob ihre Verbandsstreue den nächsten Winter oder gar nur die Beendigung eines Baues überdauern wird. Sondern

vor allem müssen diese Kollegen darüber belehrt und aufgeklärt werden, daß die Verbandszugehörigkeit sowohl ihrem eigenen Vorteil entspricht wie dem Nutzen der Gesamtmitgliedschaft. Viel zu wenig unter unsern Verbandsmitgliedern ist die Verbandszugehörigkeit inneres Bedürfnis geworden. Dies Bedürfnis zu wecken, es zu steigern, so daß alle Verbandsmitglieder lieber das Brot entbehren als die Zugehörigkeit zu unserm Verbandsverbande, darin müssen wir das Ziel unserer Werbearbeit sehen.

Es wäre gewiß sehr ungerecht, wollten wir den Vorwurf erheben, unsere Verbandsmitglieder seien in der Werbearbeit nicht so eifrig gewesen, wie dies unbedingt geboten gewesen wäre. Denn für die Unbeständigkeit großer Teile der Mitgliedschaft, für ihr spurloses Verschwinden gibt es gewiß mancherlei Erklärung. Ein Grund, der späte Beginn der eigentlichen Hochbautätigkeit ist schon berührt. Den Facharbeitern, die in andern Berufen Zuflucht gefunden hatten, als die Bauarbeit daniederlag, konnte man es sehr gut nachfühlen, daß es sie nicht sehr verlockte, zu Hammer und Kelle zurückzukehren, wo ihnen nach etwa vierteljähriger Tätigkeit schon wieder die Winterarbeitslosigkeit gedroht hätte. Dieser Umstand ist mitbestimmend gewesen für den langsamen Mitgliederzuwachs. Von besonderer Eigenart sind für diese Verhältnisse die Tiefbauarbeiten. Die sind auf solchen Arbeitsplätzen Arbeiter aus den verschiedensten Berufen, organisierte und unorganisierte, in großer Zahl beschäftigt. Mancher dieser Arbeiter betrachtet diese Arbeitsgelegenheit nur als vorübergehenden Nothelfer, bis sich besserer Zusagen findet. Geht solche Arbeiten zu Ende oder werden sie aus Mangel an Mitteln oder aus andern Gründen nicht weitergeführt, so fliehen die Arbeiter, vielleicht eben für unsern Verband gewonnen, wieder auseinander. Sie kehren zu ihren Verbänden zurück oder verlieren den gesellschaftlichen Zusammenhang ganz. Nur wenige, soweit das Baugewerbe ihnen weitere Arbeitsgelegenheit bietet, bleiben unserm Verbandsverbande erhalten. Der wegen des höheren Lohnes in unserm Verband durchweg höhere Beitrag bringt auch für die Mitgliederbewegung manches Widerwärtige. Entgegen den gewerkschaftlichen Vereinbarungen zögern viele der im Baugewerbe tätigen berufsfremden Arbeiter mit dem Uebertritt zu unserm Verbandsverbande; aber kehren mit größter Eile zu ihrem Verband zurück, sobald sie aus der Bauarbeit ausscheiden. Es soll sogar in den Werken der Industrie beschäftigte baugewerbliche Facharbeiter geben, die sich wohl die höheren, mit Hilfe unseres Verbandes errungenen Bauarbeiterlöhne gefallen lassen, wegen des um einige Mark billigeren Beitrages aber es vorziehen, den für die übrigen Arbeiter dieser Industrien zuständigen Verbänden anzugehören. Wie mit dem Anmelden beim Eintritt in die Bauarbeit, ebenso liegt es mit dem Abmelden beim Ausscheiden im argen. Viele unterziehen sich dieser Meldepflicht nur, um sich die Unterstützungsberechtigung zu sichern. Die meisten fernher Eintagsfliegen bringt es überhaupt kaum bis zu einem Anspruchsrecht auf Unterstützung. Mit beendeter Arbeit geben sie auch die Mitgliedschaft wieder auf. So und mit noch manchen andern Gründen läßt sich das Zu- und Abströmen eines großen Teiles, namentlich der neu gewonnenen Mitglieder erklären. Aber damit, daß wir nach den Ursachen forschen, darf es sein Bewenden nicht haben. Um unserer selbst willen müssen wir nach bester Möglichkeit für eine größere Festigung unseres Mitgliederstandes arbeiten. Besserung ist jedoch nur allein durch aufklärende Werbearbeit zu schaffen. Auf einen Fleiß und völlig wird das Zu- und Abfluten nicht einzudämmen sein, aber es läßt sich ganz bedeutend herabmindern. Ist dies Verhältnis in früheren Jahren doch schon besser gewesen.

Wer für den Verband werden soll? Jedes Mitglied, das erkannt hat, daß unser Verband seine großen Aufgaben um so besser erfüllen kann, daß er vor allem in dem Ringen um die Lebensbedingungen eine um so stärkere Schutzwehr bildet, je größer und bodenständiger die Zahl seiner Mitglieder ist. Auf den Baustellen ist der gegebene Werbeplatz. Regelmäßig veranstaltete gegenseitige Bücherkontrollen sind dabei wichtige Hilfsmittel. Kollegiales Aussprechen auf Zusammenkünften in kleinem Kreise, in Versammlungen, Hausbesuche, Weitergabe des gelelenen „Grundstein“ an Unorganisierte und noch vieles andere bietet je nach Lage der Verhältnisse ausfichtsvolle Werbegelegenheit. Und Werbestoff? Davan fehlt es wahrlich nicht. Die bevorstehende Verbandstagung, die Erneuerung des Tarifvertrages, alle damit zusammenhängenden, auf den Bezirkstagen, in den Vereinsversammlungen fützlich erörterten Fragen, der Umbau unseres Verbandes zu einem Bau-gewerksbunde, die baugewerbliche Sozialisierung, von dem Wirken für eine bessere Lebensmöglichkeit gar nicht zu reden. Alles bietet unerschöpflichen Stoff, außerhalb des Verbandes stehenden Bauarbeitern den Nutzen klarzumachen, den ihnen eine dauernde Gemeinschaft mit ihren organisierten Kollegen bringt.

In unsern Verband gehört jeder Bauarbeiter hinein und keiner darf draußen stehen, der guten Willens ist, in dem durch Satzung und Organisationsbeschlüsse gezogenen Rahmen in der Verbandsgemeinschaft mitzuwirken. Damit wird niemand nach seiner parteipolitischen Herkunft gefragt, ebensowenig wie nach seiner religiösen Ueberzeugung. Die Gewerkschaft predigt nicht parteipolitische oder religiöse Gleichgültigkeit, sie muß es nur jedem einzelnen freistellen, seinen Weg im politischen Leben zu finden. Die Gewerkschaft und unser Verband insbesondere kämpft für bessere Lebensbedingungen. Dieser Kampf bestimmt sich nicht nach parteipolitischen oder religiösen Ueberzeugungen, sondern nach den jeweiligen Umständen, unter denen er zu führen ist. Hierüber müssen die beteiligten Verbandsmitglieder frei und unbehindert entscheiden können. Wer bessern können wir diese Kampfbedingungen nur dadurch, daß wir unablässig für die Stärkung des Verbandes werben. Ein vielversprechender Anfang hat sich in diesem Frühjahr schon gezeigt. Nach der Arbeitslohnzahlung hatte unser Verband Ende März schätzungsweise 486 800 Mitglieder. Das wäre gegenüber dem Jahresanfangsbestande von 477 285 Mitgliedern schon ein Zuwachs von rund 9600 Mitgliedern; ein um so erfreulicheres Ergebnis, als das erste Quartal des vorigen Jahres noch mit einem Verlust von 7683 Mitgliedern abschloß. Der gute Anfang möge unsere Mitglieder anspornen, mit besten Kräften an die Werbearbeit zu gehen.

**Verbandsmitglieder!** Die Not der Zeit erfordert Kampfbereitschaft. Laßt Euch nicht vergeblich rufen zu tatkräftiger Werbearbeit für unsern Verband!

### Der Kampf um den Achtfundentag.

Das internationale Unternehmertum ist angetreten zum Kampf gegen den Achtfundentag. Und es ist selbstverständlich, daß in dieser durchaus verlogenen heuchlerischen Gesellschaft dieser Kampf mit einer moralischen Parole beginnen mußte. Die angelsächsischen bürgerlichen Klassen haben von jeher besondere Geschicklichkeit bewiesen, wenn es galt, irgendeine faule Sache mit einem moralisierenden Schild zu bedecken. Aber die Unternehmer in andern Ländern waren ihnen sehr gelehrige Schüler. So erleben wir denn jetzt, daß kein einziger Unternehmer erklärt: „Ich brauche die Verlängerung des Arbeitstages, um meinen Profit zu erhöhen. Ich brauche ihn, um die Arbeiter durch den dann eintretenden Mangel an Zeit von den öffentlichen Angelegenheiten fernzuhalten, um sie wieder dem Stumpfsinn in die Arme zu treiben!“ Das wäre die Wahrheit! Und diese ist brutal. Da wir jedoch in einem humanistischen, zivilisierten und kultivierten Zeitalter leben (siehe Weltkrieg und Friedensverträge), so spricht man nicht die Wahrheit aus, sondern man lügt, daß die Verlängerung des Arbeitstages notwendig sei „aus Gründen der nationalen Wohlfahrt“.

In den Siegerstaaten herrscht Arbeitslosigkeit. Wofanders in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und in England zählt man die Arbeitslosen nach Millionen. In den kleineren Ländern, die während des Krieges „neutral“ blieben und darum zu jener Zeit geschäftliche Hoffnungen hatten, ist die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig nicht weniger groß. Warum? Weil die besiegten Völker, und unter diesen vor allem das deutsche Volk, in der Lage sind, die Sieger und Neutralen auf allen Absatzmärkten der Welt zu unterbieten. Die unheimlichen Friedensverträge haben den Kredit der Besiegten soweit heruntergebracht, daß beispielsweise unsere deutsche Papiermakt zurzeit einen Goldwert von 1,2 \$ darstellt. Dieser Umstand und einige andere, darunter auch die seelische Einstellung der Besiegten nach dem Kriege, bewirkten, daß bei uns die Arbeitslöhne nicht entfernt jene Höhe erreichten wie in Neutralen und in den Ententeländern. Vor dem Kriege war der Geldlohn eines ungelerten deutschen Arbeiters etwa dreimal so hoch als der eines japanischen gutbezahlten Sacharbeiters. Heute verdient der Japaner etwa dreimal mehr als der deutsche Sacharbeiter. Vor dem Kriege importierten die deutschen Unternehmer alljährlich etwa 600 000 Arbeiter aus dem europäischen Ausland. Unter diesen Arbeiterlieferanten spielten Tschechen und Italien besonders für das Baugewerbe eine Hauptrolle. Dieser Weg ist heute verschlossen. Der geringe Wert unserer Mark, das heißt, der niedrige Lohn in Deutschland, veranlassen viele ausländischen Arbeiter, uns fernzubleiben; denn mit dem Gelde könnten sie in ihren Heimatländern ihre Familien nicht ernähren. Umgekehrt steigt heute der Fall, wenn deutsche Arbeiter ins Ausland gehen. Ein deutscher Arbeiter, der in Nordamerika Arbeit fände, könnte dort in einem Jahre etwa zwölfmal soviel verdienen als in Deutschland. Uns ist bekannt, daß deutsche Kollegen in Neutralen in einem Jahre etwa doppelt soviel ersparten, als in Deutschland ein Bauarbeiter verdiente.

Unter diesen Verhältnissen ist es natürlich möglich gewesen, daß die deutsche Industrie jene Absatzmärkte, die sie vor dem Kriege beherrschte, bereits in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder eroberte und sogar neue hinzu gewann. Umgekehrt aber scheidet das deutsche Volk als Verbraucher in weitgehendem Maße aus; denn durch den Friedensvertrag ist es gezwungen, regelmäßig große Goldzahlungen an das feindliche Ausland zu leisten. Da es Goldgruben nicht besitzt, so muß dieses Gold mit seiner Arbeit gewonnen werden. So zwingen also jene, die durch den Krieg die deutsche Konkurrenz loslagerten wollten, durch den Friedensvertrag die Deutschen zu einer für die Gegner vernichtenden Konkurrenz. Und wenn der Vertrag von Versailles je voll erfüllt werden könnte, so würde sich nach seiner Erfüllung zeigen, daß Deutschland die Werkzeuge der Welt und alle andern Länder seine Kunden geworden seien.

Das sehen jetzt auch die „Staatsmänner“ in den Siegerländern ein. Um aber nun dem Unheil zu wehren, das ihren Vätern droht, paden sie nicht das Uebel an der Wurzel an, indem sie den Friedensvertrag ändern. Der Weg wäre einmal zu wenig kompliziert und er würde vor allem offenbar werden lassen, daß es mit der so viel gerühmten staatsmännischen Kunst der Diktatoren von Versailles nicht weit her ist. Das darf nicht sein und darum wählt man den Weg der Arbeitszeitverlängerung. In den Staaten Nordamerikas, in England, Australien, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, Schweiz, Italien und Spanien erzählt man jetzt den Arbeitern, daß die übermächtige deutsche Konkurrenz es nötig mache, „aus Gründen der nationalen Wohlfahrt“ die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne zu verkleinern, da sonst unbedingt die eigene Industrie zerstört werde. Man bekämpft also die Arbeitslosigkeit damit, daß man die Zahl der Arbeitslosen vermehrt. In einigen Ländern haben sich die Arbeiter bereits erhebliche Lohnkürzungen gefallen lassen müssen, aber die Verlängerung der Arbeitszeit nehmen sie nicht so ruhig hin.

Im September 1921 tagte in Cardiff der englische Gewerkschafts-Kongreß. Dieser gab dem Generalkrat der Gewerkschaften Richtlinien für die Abwehr der Bestrebungen zur Verlängerung der Arbeitszeit. In Uebereinstimmung damit hat nun der Generalkrat beschloffen, „mit den Verbänden über eine auf nationaler Grundlage einzuleitende Aktion zu berathschlagen, durch die den Arbeitgeber in ihren jeglichen Bestrebungen zur Verlängerung des Arbeitstages oder der Arbeitswoche Widerstand geleistet werden soll“.

In ähnlicher Weise bereiten sich in andern Ländern die Gewerkschaften zum energigsten Widerstand vor. So sind in Dänemark Zehntausende von Arbeitern ausgesperrt, weil sie sich nicht dem Diktat der Unternehmer fügen wollen.

In Deutschland arbeitet man jetzt an einem Entwurf zu einem Arbeitszeitgesetz, und wie wir gesehen haben, hat sich der „Sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates“ bereits damit befaßt, Sachverständige zu hören, die über die Dauer des Arbeitstages Gutachten abgaben. Von diesen Sachverständigen sprach sich Reichsminister a. D. G o t h e i n nur über die Arbeitszeit im Bergbau aus. Er verlangt für diesen eine effektive achtfundentägige Arbeitsdauer. Dr.-Ing.

### Ausfichten.

März. Der Rehm ist zähe und schwer.  
Anjeln streuen ihre ersten Rieder um uns her.  
Die blauen Spaten fangen rote Sonnenstrahlen auf.  
Und der junge Frühwind springt uns alte Gartenhaus.  
Storchigen Schrittes schreitet der Polier.  
Und wir andern stehen tief im Wasser hier:  
Werfen Rehm um Rehm aus diesem breiten Loch —  
Wie von oben her es gels auf unsere Köpfe tropft!  
Erstem Grundstein graben wir kein nasses Bett.  
Dann Stein zum Stein. Und Brett zum Brett.  
Ballen, Dach und Biegel drauf —  
Bis zum Sommer steht das neue Haus.  
Wieviel Häuser schufen wir nun schon?  
Und der Dank? Ein langer Lohn!  
Jedem Unternehmer wuchs am Hals der Sped —  
Und wir andern stehen immer noch im tiefsten Dred.  
Mar Dortu.

### Bausteine.

Literarische Bruchstücke und Findlinge von H. R.  
In den Schriftwerken unserer bedeutenderen Denker finden sich mannigfache sinnige und schöne Gedanken, die dem Bauwert und dem Wertplatz entnehmen sind und zum Nachdenken anregen können. Auch die Spruchweisheit des Volkes selbst liebt es, Vergleiche und Gedanken dem Leben der täglichen Arbeit zu entnehmen und sie dadurch recht sinnfällig und schlagkräftig in Ercheinung treten zu lassen. Es dürfte für unsere Fachkreise nicht ohne Interesse sein, solche Findlinge, die mit der Bauwelt in Zusammenhang stehen, an dieser Stelle zusammenzutragen.  
Ein Haus zu bauen, ist stets beschwerlich.  
Biel Gewerke reichen sich die Hand.  
Auch Handlanger sind unentbehrlich,  
Und ihren Lohn verdienen sie ehrsich,  
Nur werden sie nicht Architekten genannt.  
Baut Gothe (Ueber die Wissenschaft).

Harter Stein auf harten Stein  
Gibt keine Mauer;  
Weicher Mörtel mittenein  
Gibt erst die Dauer.  
Fr. Rückert (Verbautes und Beschauliches).  
Willst du, daß wir mit hinein  
In das Haus dich bauen,  
Laß es dir gefallen, Stein,  
Daß wir dich b e h a u e n. Fr. Rückert.  
Selten bemohnt ein Architekt ein Haus, das er selbst gebaut. — Er gleicht modernen Philosophen. Börne.  
Sind der Bauleute zu viel, so wird das Haus schief. Ginesischer Spruch.  
Fleiß üben, das heißt nicht, mit Niesenstärke  
Einen Steinblock aus einem Felsen schlagen,  
Sondern täglich zum großen Werke  
Auf dem Haupte die Steine tragen.  
Frieda Schanz (Werbblätter).  
Lerne kämpfen, statt zu weinen!  
Den harten Stein zerstampfern,  
Das kann man nur mit Steinen  
Und nicht mit Rosenblättern. F. Schanz (Werbblätter).  
Mag immer der Mann aus stolzen Gesteinen  
Fragen und türmen des Hauses Bau; —  
Mit Mühe, mit Sorgfalt, mit Kreuz im Kleinen  
Die Steine zu fitten, das heißt der Frau.  
F. Schanz (Werbblätter).  
Die Art im Hauße erspart den Zimmermann.  
Schiller (Wittelnm Zeit).  
Wenn die Könige bauen, haben die Kärner zu tun.  
Schiller (Zenten).  
Oft ist's nur der tolgeschlagene Geist,  
Was man recht klug und geistreich heißt.  
Wartburgspruch im Architektenflüßlein.  
Ein Ganzes tun und Ein Rechtes machen,  
Ist besser als hundert beländelte Sachen.  
Wartburgspruch im Architektenflüßlein.

Wir hatten gebaut ein stattliches Haus.  
Gesägletes Wort aus Bingers Med.  
Mein Haus ist meine Burg.  
Gesägletes Wort, gebildet nach dem  
Gnallwägen (My house is my castle).  
Architektur ist gefrorene Musik. Schopenhauer.  
Die Architektur ist die erstarrte Musik. Schelling.  
Ein edler Philosoph sprach von der Baukunst als einer  
erstarrten Musik. . . . Wir glauben, diesen schönen  
Gedanken nicht besser nochmals einzuführen, als wenn wir die  
Architektur eine bestimmte Konjunktion nennen.  
Goethe (Beschreibung des Einzelnen über die Kunst).  
Stein auf Stein, mit Vorbedacht, gibt zuletzt auch ein  
G e b ä u d e. Goethe (Briefwechsel mit Zelter 1824).  
Ein Mann, der recht zu wirken denkt,  
Muß auf das rechte Werkzeug halten. Goethe.  
Was nicht wahr ist, baut nicht.  
Goethe (Maximen und Reflexionen).  
Was der Mensch auch ergreife und handhabe, der einzeln  
ist sich nicht hinreichend, Gesellschaft liebt eines wackeren  
Mannes höchsten Bedürfnis. Wie brauchbaren Menschen sollen  
in Bezug untereinander stehen, wie der Bauherr nach dem  
Architekten und dieser nach dem M a u e r e r und Z i m m e r m a n n  
sich umficht. Goethe (Wittelnm Meisters Wanderjahre).  
Willst du dir ein gut Leben z i m m e r n,  
Muß uns Vergangne dich nicht bekümmern,  
Und wäre dir auch was verloren,  
Erwecke dich wie neugeboren. . . .  
Goethe (Sprüche in Reimen).  
Im neuen Jahre Glück und Heil!  
Auf Wohl und Wunden gute Salbe!  
Auf großen Lohn ein großer Preis!  
Auf einen Schelm anberathsel!  
Goethe (Sprüche in Reimen).



Wojak erklärte, daß er bereits 1904 in seinem Betriebe den Achtstundentag mit gutem Erfolge eingeführt habe. Er hält den Achtstundentag für ausreichend. Nach seinen Erfahrungen gehe die Arbeitsleistung zurück, wenn die Arbeitszeit verlängert werde. Er hält es auch für vielleicht möglich, daß man im Baugewerbe zu einer längeren Arbeitszeit kommen könne, aber richtiger sei es entschieden, in diesem nicht gut geleiteten Gewerbe die Arbeitsmethoden zu verbessern. In ähnlichem Sinne sprachen sich Geheimrat Büchner, Professor Hecker und Reichsminister a. D. Wissell aus. Letzterer betonte noch, daß eine plötzliche Erhöhung der Arbeitszeit einen starken inneren Widerstand bei den Arbeitern auslösen werde, so daß statt einer Leistungserhöhung eine Verminderung eintrete. Herr Noack will nicht eine generelle Verlängerung des Arbeitstages vorschlagen, wohl aber will er diese im Baugewerbe für die Zeit der Bautätigkeit. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, und unser Kollege Paepidon sprachen sich für die Beibehaltung des Achtstundentages aus. Sie fänden sich von einer Verlängerung der Arbeitszeit keine Bereicherung der Leistung versprechen. Baltrušaj (Deutscher Gewerkschaftsbund) wies auf den Zusammenhang der Erfüllungspolitik und der Arbeitszeit hin. Er lehnt es ab, für die Erhöhung der Arbeitszeit einzutreten, damit die Forderungen der Entente befriedigt werden können.

Herr Kaliski, Schriftsteller von Beruf, war schließlich der einzige, der sich für die Verlängerung der Arbeitszeit aussprach. Nach ihm haben Arbeiterchaft und Unternehmer gleiche Verantwortungslosigkeit bewiesen. Die Arbeiterchaft erniedrige sich zum Mitprobuzenten zum Lohnempfänger, wenn sie an dem strengen Achtstundentag festhalte und nicht alles an die Hebung und Steigerung der Produktion lege. Die Unternehmer hätten sich die letzten Jahre von den kleinlichen Gewinninteressen leiten lassen. Er empfahl die Einsparung des Achtstundentages auf 5 Jahre und die tarifliche Regelung der Arbeitszeit.

In dem vorstehenden Gutachten des Herrn Kaliski, der von sich behauptet, er sei Sozialdemokrat, werden unsere Leser eine ganz merkwürdige Logik entdecken. Weil sich die Unternehmer von den kleinlichen Gewinninteressen leiten lassen, deswegen sollen die Arbeiter länger arbeiten! Hört dann die Heilige Gewinnjustiz der Unternehmer auf? Die Arbeiterchaft degradiert sich selbst zum Mitprobuzenten zum Lohnempfänger! War sie jemals etwas anderes? Und wer hat denn mit so glänzenden Beweisen dafür gezeigt, daß sie über die Hebung und Steigerung der Produktion nichts zu sagen hat? Wir möchten doch sehr gern wissen, wo Herr Kaliski seine praktischen Erfahrungen über die Verantwortungslosigkeit der Arbeiter gesammelt hat. Auf Verhörsstellen sicher nicht. Hat er bei der Erstellung seines Gutachtens nicht sehr intensiv an seine französischen Freunde gedacht? Wahrscheinlich, die Arbeiterchaft erlebt an gewissen Akteuren, die sich Sozialisten nennen, eine ganz besondere Freude!

Wir haben schon angedeutet, daß ein Arbeitszeitgesetz in Vorbereitung ist. Und nach dem, was wir bisher über diese

Vorbereitungen hörten, werden wir auf einige sehr unliebsame Ueberrassungen gefaßt sein müssen. Es hat den Anschein, als sei es gewissen regierenden Kreisen nicht wohl, wenn sie nicht jeden Monat mindestens einmal befürchten müssen, daß es in Deutschland Stille gibt. Vor allem aber muß den deutschen Arbeitern eines klar sein: Sie werden in nächster Zeit um die Erhaltung des Achtstundentages kämpfen müssen! Sie werden kämpfen müssen, nicht aus individualistisch-jelblichstigen Gründen, sondern im sozialistischen Interesse und um des Wohles der Arbeiterklasse willen. Sie werden kämpfen müssen um ein Stück Sozialismus, auch gegen Maulsozialisten!

**Zum dritten internationalen Gewerkschaftskongreß.**

In Genua haben sich die Abgeordneten der Regierungen fast aller Länder der Erde zusammengefunden, um zu beraten über den Wiederaufbau der Weltwirtschaft. Die unter der wirtschaftlichen Zerrüttung schwer leidenden Völker setzen auf diese Tagung der Regierenden nur äußerst geringe Hoffnungen. Ist es doch dem militäristisch beherrschten Geist gegeben, den Wert dieser Tagung von vornherein dadurch herabzudrücken, daß sie gesungen ist, unter der Devise zu tagen: Ueber Thema darf nicht gesprochen werden! Denn es ist ihr unterlag, die wesentlichen Ursachen der herrschenden Misere, nämlich die Friedensverträge und die Reparationen, zu erörtern. Von einer Tagung, die von solchem Geist getragen wird, kann niemals die Befreiung Europas und ein Wohlstand der Völker ausgehen.

In dieser Erkenntnis sehen die Arbeiter der Welt mit ganz anderer Anteilnahme und voll froher Hoffnung einer andern Tagung entgegen, die im gleichen Lande am 20. April beginnt. Dem Kongreß der größten proletarischen Weltorganisation, der sogenannten Amsterdamer Internationale, nicht daß man von dieser Tagung alles Geil und die unmittelbare Anwendung aller Art erwarte. Aber in der kurzen Zeit ihres Werdens, seit dem im Jahre 1919 von den angeschlossenen Verbänden vorgenommenen Neuaufbau in Amsterdam, hat sie es allen Widerständen zum Trotz doch verstanden, sich ein erfreulich großes Maß an Vertrauen zu erwerben. Sie hat eine steigende Mührigkeit entfaltet, mit großer Gewissenhaftigkeit hat sie alle sozialpolitischen, wirtschaftlichen, finanziellen und nachpolitischen Vorgänge der Welt verfolgt, nicht nur um sie zu registrieren, sondern auch, um nach bester Möglichkeit handelnd eingzugreifen. Und während man von Moskau aus eine wahre Einstuff von Schmähungen und Beschimpfungen auf die „Götze“ von Amsterdam herabregnen ließ, hat diese unbeirrt ihre internationale proletarische Pflicht erfüllt. Vor allem auch Ruhland gegenüber, im Oktober 1920 durch Unterbindung des für den Krieg gegen Sowjet-Rußland bestimmten Waffentransports nach Polen; und in diesen letzten Monaten durch Organisierung der Arbeiterhilfe für die hungernden und kranken Männer, Frauen und besonders für die Kinder in Sowjet-Rußland.

Aber auch bei allen andern wichtigen, sonst drohenden Vorgängen der europäischen Politik trat die Gewerkschaftsinternationale aus dem Plan, gründlich prüfend und auf Grund solchen Studiums und internationaler geistiger Einstellung die Wege weisend, die eine gerechte Lösung — frei von jedem nationalistischen oder Wadstanzpunkt — herbeizuführen geeignet gewesen wären. So sei nur erinnert an die nach Oberkasselen entsandte gemischte Kommission, die an Hand gründlicher und sachlicher Unterlagen darlegte, daß die Unheilbarkeit des oberkasseler Industriegebietes dem Vortheile der gesamten Volkswirtschaft aller beteiligten Länder entspreche und die desshalb für das Gebiet eine wirtschaftliche

Unabhängigkeit forderte. Erinnert sei an die nach dem Saargebiet entsandte Abordnung, die sich zum Sprachrohr machte der Beschwerden, die die Arbeiterbevolkerung dieses Gebietes mit Recht zu erheben hatte und schließlich sich erinnert an die Bemühungen und wiederholten Besprechungen französischer und deutscher Gewerkschaftler, um den Wiederaufbau der zerstörten nordfranzösischen Gebiete durch die Mitarbeit deutscher Arbeiter zu fördern. Leider ist es der Amsterdamer Internationale noch nicht gelungen, ihrer Stimme der Verneinung in der internationalen Politik der kapitalistischen Regierungen Geltung zu verschaffen. Doch dürfen doch etwa jene mit Steinen auf die Amsterdamer werfen, die durch ihre Spaltungstaktik in allen Ländern Zerspaltung in die Arbeiterbewegung getragen und insbesondere noch in diesen Monaten die Spaltung der französischen Gewerkschaften durchgesetzt haben, wo doch gerade im imperialistischen und militäristisch beherrschten Frankreich am dringendsten eine festgeschlossene Arbeiterfront nötig ist?

Die Macht der Internationale ist gegeben durch das Maß an Geschlossenheit und Kraftentfaltung der ihr angeschlossenen nationalen Glieder; und wenn die besorgliche Arbeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes auch noch nicht in allen Fällen zum Ziele führte, so hat sie doch zweifelnd in das Labdrinth imperialistischer Politik hineingeleuchtet und dadurch zur Festigung der angeschlossenen Organisationen beigetragen.

Wie ernst der Wille der „Amsterdamer“ zur Tat im Sinne des internationalen Sozialismus ist, das beweisen ganz besonders die im November vorigen Jahres von der Internationalen Konferenz der Metall-, Transport- und Bergarbeiter gefaßten Beschlüsse, die die Arbeiter zum Widerstand gegen Reaktion und Militarismus durch Generalstreik und Bekämpfung des kapitalistischen Regimes aufzuredern. Ein dort gebildeter internationaler Ausschuß soll dem Internationalen Kongreß von Rom weiter notwendige Maßnahmen gegen die Kriegsgefahr vorschlagen. Beachtet man, daß in Rom annähernd 25 Millionen Arbeiter vertreten sein werden, so wird man sich klar sein über die Bedeutung der zu fassenden Beschlüsse. Neben dieser bedeutungsvollen Frage soll in Rom Stellung genommen werden zum „Achtstundentag“, gegen die wirtschaftliche Reaktion und zu „Europas ökonomischen Wiederaufbau“. Die Gewerkschaftsinternationale ist sich somit ihrer doppelten Aufgabe bewußt. Sie tritt dafür ein, daß dem Proletariat unmittelbar sein soziales Los erleichtert wird und arbeitet gleichzeitig planmäßig und tatbereit an dem großen Ziele, die Wiederrücknahme des kapitalistischen Gegners. Wäge es in Rom gelingen, ein Stück wertvollster Arbeit für eine bessere Zukunft zu leisten. Lieber den Verlauf des Kongresses werden wir berichten. T. S.

**Zum Problem der gleitenden Löhne.**

Seit Beginn des zweiten Halbjahres 1921 haben wir als Folge der sprunghaften Preissteigerungen einen immer kurzfristigeren Wechsel der Löhne erlebt. War noch bei der Bildung der Bezirkskommissionen im Januar 1921 die Frist für Lohnänderungen nach Änderung der Kosten für den Lebensunterhalt auf 2 Monate bemessen, so ist sie heute für einen Monat kaum mehr ertragbar. Es ist daher verständlich, wenn die Frage der Anpassung der Löhne an die Kosten für den Lebensunterhalt sich mehr und mehr als ein besonderer Punkt in der Sozialpolitik heraushebt. Das Problem der gleitenden Löhne steht heute im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Forderungen.

In diese Aufgabe greift in Nr. 4 des „Reichsarbeitsblattes“ auch der Reichsarbeitsminister Dr. Braun ein. Er sagt ganz richtig, daß man sich hüten muß, das Problem kritiklos zu betrachten. Es seien nicht nur die Lebens-

**Antiquitäten.**

Ein Kabinettsråd aus vergangenem preußischer Herrlichkeit.

Im unsem Kollegen in Erinnerung zu rufen, wie unter der wilhelmianischen Regierung die Arbeiterbewegung gefnebelt wurde, soll die Stadtpolitik der untern Besatzungsbesörden gegen die Gewerkschaften an folgendem Karnevalsmasch werden. Es handelt sich um den Verein Deutsch-Russelwisch des Deutschen Bauarbeiterverbandes, der einmal im Sommer 1914 für seine Mitglieder ein Tanzvergügen abhalten wollte. Auf die Anmeldung dieser Lustbarkeit bei der Polizei erhielt der damalige Vorsitzende der Ortsgruppe vom Amtsdirektor folgenden Bescheid, der verdient, der Vergessenheit entzogen zu werden:

„Es ist bisher der Polizeibehörde nicht angezeigt und nicht nachgewiesen worden, daß hierorts ein Zweigverein des Deutschen Bauarbeiterverbandes besteht, welche Personen den Vorstand bilden und welche Personen ihnen als Mitglieder angehören. Sie geben in Ihrer Zuschrift an, daß „unser Verein kein politischer Verein, sondern ein gewerkschaftlicher Verband“ sei. Daran geht hervor, daß die von Ihnen vertretene Verbindung überhaupt kein Verein ist. Nach dem Inhalt des neuen Reichsvereinigungsgesetzes glaubt mancher nicht politische Verein, der Polizeibehörde die Befugnis abstreifen zu können, die Eintragung der Sgabung zu verlangen. Jedoch mit Unrecht. Wohl verpflichtet das neue Gesetz zur Eintragung der Sgabung nur solche Vereine, die eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecken. Aber trotz dem kann heute die Polizeibehörde auf Grund landesrechtlicher Vorschriften immer noch die Eintragung der Sgabung von nicht politischen Vereinen fordern, selbst von reinen Geselligkeits- und Vergnügungsvereinen. Das von Ihnen überreichte Statut mit Streikentgelt ist für den Deutschen Bauarbeiterverband gültig. Als Sgabung für einen Zweigverein Deutsch-Russelwisch ist das Statut aber nicht anzusehen. Dieses Statut ist für den Zentralverband der Deutschen Maurer, dieser ist zweifellos eine Vereinigung zur Einwirkung auf staatliche Einrichtungen, also ein politischer Verein; denn das Gegenteil ist aus dem Verbandsstatut ersichtlich. Die in der namentlichen Liste verzeichneten Personen sind offenbar nur Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes; daß sie

unter sich noch einen selbständigen Verein in Deutsch-Russelwisch bilden, ist weder behauptet noch bewiesen.

Demnach würde die von Ihnen beabsichtigte Lustbarkeit eine öffentliche Tanzlustbarkeit darstellen, bei welcher der Kreis der Teilnehmer kein bestimmt begrenzter ist und die Teilnahme jedermann freisteht. Denn die Erfahrung an Orte hat gelehrt, daß zu den unter dem Vorname gesellener Geselligkeiten veranstalteten Lustbarkeiten Personen zugelassen worden sind, die zu den Benachteiligten in gar keiner Beziehung stehen, diese letztere aber an dem betreffenden Abend nur herzustellen, um an der Lustbarkeit teilzunehmen zu können, abgesehen solcher Gelegenheiten aber keinen vereinsartigen Zusammenhang mit den Benachteiligten pflegen, insbesondere auch nicht Mitglieder des Vereins sind oder bleiben.

Auf Ihrer Nachweisung sollen allein 106 Männer an der Lustbarkeit teilnehmen. Es ist zu erwarten, daß dazu mindestens 150 bis 200 Frauen oder Mädchen mitzuzählen. Für eine Ansammlung von 250 bis 300 Personen ist der Saal räumlich zu klein (?), welcher Umstand nebenbei als Grund zur vorliegenden Entscheidung dient. Am Orte herrschte Typhus (?). Wenn der Kranke auch in ein Krankenhaus fortgeschafft worden ist, so besteht doch die Gefahr, daß Krankheitskeime durch die Ansammlung von Menschen in öffentlichen Vergnügungstokalen noch verbreitet werden könnten, besonders deshalb, weil der Typhusfranke den Keim der Krankheit in seinem früheren Arbeitsorte Kattowitz gepflanz hat. Da die Annahme naheliegt, daß Teilnehmer an der beabsichtigten Tanzlustbarkeit mit dem Typhusfranken vorher in Kattowitz oder auch hierorts in Verbindung gekommen sind, ist dies ein Grund, Menschenansammlungen polizeilich zu verhindern.

Unter Würdigung dieser tatsächlichen Verhältnisse wird die von Ihnen beabsichtigte Lustbarkeit hiernit verboten. Dem Gasthausbesitzer Paul Fuchs ist unterlag worden, den Tanzsaal für die Festlichkeit herzugeben oder letztere zuzulassen.

Der Amtsdirektor. Ritter.

Es scheint notwendig zu sein, daß Dokumente, wie das vorstehende, ausgetrieben werden, um dem deutschen Mißstand in Erinnerung zu rufen, wie Handgel, Verlogenheit, Brutalität notwendige Antisozialisten der früheren Staatsbürger waren. Es ist klar, daß Menschen, die sich so weit erniedrigen, daß sie betragliche Dokumente unterzeichneten, mit Ingrimm die heutigen Zustände betrachten.

Getret'ner Quarz  
Wird breit, nicht stark,  
Schlägt zu ihn aber mit Gewalt  
In feste Form, er nimmt Gestalt.  
Vergleichen Steine wirst du kennen,  
Europäer Bijs\* sie nennen.

Goethe (Sprüche in Redmen).

Wenn der Zimmermann ums Holz spazieren geht,  
fallen keine Späne. (Man muß also Hand ans Werk legen,  
soll es etwas werden.) Sprichwort.

Man zimmert oft lang am Holz, bis man damit bauen kann.  
(Laß dich die Mühe nicht verderben, ein Werk langsam vorzubereiten.) Sprichwort.

Wo man zimmert, fallen Späne. Sprichwort.

Man baut nicht alle Häuser aus Quadern (das heißt der Genügliche richtet sich mit Wenigem ein).  
Zum Bauen muß man nicht allein Quader-, sondern auch Füllsteine und anderes haben.

Wer baut, der muß zuvor ein gut Gerüst dazu machen; wenn der Bau fertig ist, so wird es abge schafft. (Allgemein will dieses Sprichwort sagen: In jungen Jahren muß man zur Ausbildung manches lernen und üben, was man später zwar nicht mehr treibt, aber wozu jene Vorbereitungen die Vorbedingungen waren.)

Man muß nicht auf Sand bauen. (Man darf seine Hoffnung oder sein Vertrauen nicht auf schwachen, unzuverlässigen Grund setzen; bei dieser Nebenart ist ursprünglich an das Bauen von Häusern gedacht; im Wiederdeutschen heißt es ähnlich: Ob Sand ist kein good Haus zu bauen. Die Nebenart, die zum gefügigsten Wort geworden ist, kann auf eine alte Vergangenheit zurückblicken.)

Einem Steine stat Brot geben. Gefügigstes Wort.

\* Was bedeutet sonst wie Stampbau; es sind Backsteine, die nicht im Ofen gebrannt, sondern nur in der Sonne getrocknet sind. Aus dem lassen sich in Holzformen Wauern stampfen, die, gegen Feuchtheit geschützt, haltbar sind und allmählich festhart werden.

haltungskosten, sondern auch „noch wichtige andere Umstände für die Lohnhöhe bestimmend“. „Eine rein mechanische Anpassung der Löhne würde es unmöglich machen, der beschränkten Lage eines Gewerbezweiges Rechnung zu tragen oder umgekehrt den Arbeitern ihren berechtigten Anteil an einer günstigen Konjunktur einzuräumen. Schon diese Beispiele zeigen, daß die gleitende Lohnskala neue Tarifverhandlungen, in denen die Verteilung des Produktionsertrages zwischen Kapital und Arbeit neu geregelt werden kann, nicht ersetzen soll und kann.“ Es heißt dann im Artikel weiter, daß die ausschließliche Berücksichtigung der Teuerung bei der Lohnbemessung der Nachteil einer Gruppe, die in dem Augenblick, wo das Gleiten einsetzt, mit ihrem Lohne aus irgendwelcher Grunde besonders zurück ist, dauernd erhalten bliebe. Es müsse deshalb vor Einführung der gleitenden Lohnskala genau geprüft werden, ob der zugrunde gelegte Lohn den Verhältnissen wirklich entspricht. „Wenn... ein Sinken der Preise ebenso automatisch einen Lohnabbau zur Folge hätte, würde die Möglichkeit entfallen, den Arbeitnehmern eine Atempause zur wirtschaftlichen Erholung zu gewähren.“ Soweit ganz gute Gedanken, aber nun kommt der Pferdefuß. Anschließend an die Ausführungen des Arbeitsministers Dr. Brauns werden von Dr. Fritz Foth, Referent im Reichsarbeitsministerium, für einige Berufe (Buchdrucker, Berliner Maurer und Zimmerer, Bergarbeiter im Ruhrgebiet, Versicherungs-, Bank-, Reichs- und preußische Staatsangestellte) vergleichende Berechnungen angeführt, die die tatsächlich gezahlten Löhne den Löhnen gegenüberstellen, die bei Einführung der gleitenden Lohnskala zu zahlen gewesen wären. Dabei ist nun auffällig, daß den Berechnungen für Maurer der Stundenlohn zugrunde gelegt ist, dagegen bei den Buchdruckern der Wochenlohn, bei den Bergarbeitern der Leistungslohn und bei den Angestellten das Jahresgehalt. Die Berechnung nach dem Stundenlohn führt zu ganz falschen Schlüssen; denn infolge der Arbeitszeitverlängerung ist die Steigerung von Stundenlohn und Wochenlohn nicht gleich. Zu diesem Fehler gesellt sich dann noch ein zweiter, nicht minder großer. Als Maßstab der eingetretenen Teuerung werden die amtlichen Teuerungszahlen zugrunde gelegt. Diese erfassen bekanntlich nur einen Teil der Lebensbedürfnisse (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung). Notwendige Ausgaben für Kleidung, Wäsche, Hausgeräte, Steuern, Fahrgelder, Versicherungsbeiträge usw. sind nicht enthalten. Und gerade diese Ausgaben sind dauernd und am stärksten gestiegen. Ganz abgesehen davon, daß die weiteren Mängel der Indexziffern, der in ihrer rein schematischen Gewinnung liegt. Wir können also in den amtlichen Indexziffern keinen „zuverlässigen und vertrauenswürdigen Maßstab der wechselnden Teuerung“ sehen. Aber trotz dieser offensichtlichen Mängel in den Berechnungen Dr. Foths jagt der Arbeitsminister Dr. Brauns: „Aus dieser Statistik ergibt sich, daß die Kurve der wirklich gezahlten Löhne zurecht über die Kurve der Löhne, wenn sie nach der gleitenden Lohnskala gezahlt worden wären, hinausgeht.“ Wegen einer derartigen Fälschung der Statistik müssen wir uns auf ganz entsetzliche Wenden. Der Baunetzmehrer hat diese irreführende Darstellung natürlich eine große Freude be-

reitelt. In Nr. 11 der Zeitschrift „Das Baugewerbe“ empfiehlt Dr. Fröhner, Sekretär des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, den Unternehmern, sie sollen für andere Großstädte ebenfalls solche Berechnungen aufstellen. Wir haben uns nun diese Berechnung der absoluten und gleitenden Löhne der Berliner Maurer etwas näher angesehen, die Berechnung bis März weitergeführt und dem Stundenlohn den Wochenlohn zur Seite gestellt. Ferner haben wir den Minus- oder Plusbetrag für jeden Monat errechnet, den die Berliner Maurer nach der gleitenden Lohnskala (rein mechanisch angewendet) erhielten. Zur Erläuterung sei bemerkt, daß bei voller Beschäftigungsmöglichkeit vor dem Kriege 54 Stunden, jetzt 47 Stunden wöchentlich in Betracht kommen. Den Monat rechneten wir durchschnittlich zu  $8 \times 26 \div 4 = 196$  Stunden, Dezember und Januar zu  $7 \times 26 = 176$  Stunden. In den Monaten, wo der Lohn erhöht wurde, haben wir an Hand des Kalenders für die zutreffende Zahl von Werktagen (Stunden) die niederen oder höheren Löhne in Rechnung gesetzt. Bei Berechnung des Wochenlohnes haben wir die eingetretene Lohnserhöhung in der Regel von der darauf folgenden Woche an in Ansatz gebracht; von dieser Regel abgesehen sind wir für die Monate April 1920, November 1921 sowie für Januar 1922. Für April haben wir den höheren Lohn (5,70 M) für 4 volle Arbeitswochen und für November den Lohn von 11,75 M für eine volle Arbeitswoche berücksichtigt; für Januar 1922 sind 2 Wochen zu einem Stundenlohn von 12,25 M, eine Woche und ein Tag zu 12,75 M und eine Woche zu 13,50 M berechnet. Die Berechnung läßt ganz unberücksichtigt die Verdienstverluste wegen schlechter Witterung (Mogel, Frost), mit denen die Buchdrucker, Bergarbeiter und Angestellten nicht zu rechnen haben. Auch lassen wir außer Ansatz die Arbeitslosigkeit wegen Geschäftslage und ferner, daß die Lohnserhöhungen immer Wochen, ja Monate hinter der Preissteigerung herhinken, sie beim Zutritreten bisher in der Regel schon wieder von einer neuen Teuerungswelle überholt waren. Das alles muß noch dem Minusbetrag, das heißt dem fehlenden Einkommen der letzten Jahre zugeschrieben werden. Wir lassen unten die Tabelle aus dem „Reichsarbeitsblatt“ mit unsern Zusätzen folgen.

Die Aufstellung zeigt uns, daß die tatsächlich gezahlten Löhne für die letzten 25 Monate in keinem Monat an den gleitenden Lohn heranommen. Und das trotzdem die ganz unzulänglichen amtlichen Indexziffern die gleitenden Löhne in dieser Tabelle künstlich niedrig halten. Wer möchte wohl ernsthaft behaupten, daß die Ausgaben für die Lebenshaltung im Mai und Juni 1921 geringer waren, als sie es in den Monaten Januar bis April oder gar in den Monaten April, Mai, Juli, Oktober, November und Dezember 1920 gewesen sind. Im Juni und Juli 1921 hat nach der rein mechanischen Anwendung des Teuerungszindex der gleitende Stundenlohn 692 beziehungsweise 696 3 betragen, während er im Mai 1920 schon 722 3 hoch war. Die 2 Jahre als Ganzes genommen, ergibt selbst die Berechnung nach Stundenlohn, ohne Berücksichtigung der verletzten Arbeitszeit, ein Minus von 436,11 M. Bei Berechnung des Lohnes nach Wochen beträgt der Fehlbetrag 723,73 M, auf den einzelnen Monat kommen im Durchschnitt 289,51 M; immer unter der Voraussetzung voller Beschäftigung, 196

oder 176 Stunden monatlich. Der gleitende Lohn ist nur in einer einzigen Woche (letzte Novemberwoche 1921) niedriger als der tatsächlich gezahlte Lohn. Und das ist auch nur möglich, weil zu allen den schon oben besprochenen Fehlern ein weiterer hinzukommt, nämlich das Arbeitsministerium benutzte zur Errechnung der gleitenden Lohnskala jeweils die Teuerungszahl des Vormonats. Das Reichsarbeitsministerium hält es ansehnend für durchaus richtig, daß die Lohnserhöhungen den Preissteigerungen um einen ganzen Monat nachhinken müssen. Das ist eine nette Auffassung eines Ministeriums, das zur Vertretung und zum Schutze der Arbeiter (nicht der Arbeitgeber!) bestellt ist. Wann kommt denn für die Arbeiter die Atempause zur wirtschaftlichen Erholung? Herr Reichsarbeitsminister? Nehmen wir als Beispiel für November 1921 die Teuerungszahl desselben Monats, so ergibt sich ein gleitender Stundenlohn von 11,21 M, nicht 9,01 M, und ein gleitender Wochenlohn von 605,31 M, nicht 486,94 M. Das Jubiläum von 191,59 M über den Tariflohn (Spalte 9) wandelt sich in ein Jubiläum für diesen Monat von 237,16 M, und das Jubiläum (Spalte 10) erhöht sich von 91,27 M auf 585,73 M. Schon allein dieser Berechnungsfehler drückt also den Gesamtfehlbetrag um ein Erhebliches herab. Und diese Jubiläum-Beträge an Lohn sind für die einzelnen Monate nicht immer Papiermännchen zu einem Dollarkurs über 300, sondern noch zu einem Kurswerte von 35 bis 70 und 80 bis Herbst 1921.

So wie hier in dem Berliner Fall liegen die Dinge im allgemeinen. Mit Zahlenpielereien läßt sich die Not der Arbeiter nicht wegdisputieren, selbst dann nicht, wenn eine Behörde von der Bedeutung des Reichsarbeitsministeriums unter Häufung von Berechnungsfehlern das versucht. Während selbst die amtliche Teuerungszahl sich seit der Vorkriegszeit um das 19,2fache erhöhte, steigerte sich der Wochenlohn der Berliner Maurer für denselben Zeitraum (1914 bis Februar 1922) nur um das 14,3fache. Man muß danach schon ohne jede Kenntnis des Arbeiterlebens sein und vor der Wirklichkeit gewaltam die Augen verschließen, wenn man, wie das Arbeitsministerium, stattdessen festzuhalten versucht, daß absolute und gleitende Löhne eine „Angleichung“ erfahren haben, das heißt, daß die Arbeiterschaft heute dieselben Lebensmöglichkeiten hat wie vor dem Kriege. Waim und ob überhaupt diese Möglichkeiten für die heute schaffende Arbeitergeneration jemals wieder gegeben sind, weiß niemand; auch das Reichsarbeitsministerium nicht. Es sollte sich deshalb hüten, Werturteile abzugeben, die sich bei näherer Betrachtung als falsch erweisen. R. Bernhard.

### A. Callam und die baugewerbliche Sozialisierung.

Im kommunistischen „Kämpfer“ zu Ghennich vom 9. März dieses Jahres hatte sich der kommunistische Kollege Mally vom Zimmererverband für die Unterstützung unserer Sozialisierungsbewegung durch die Gründung von Bauhütten ausgesprochen, weil er darin immerhin einen Fortschritt gegenüber den heutigen Zuständen sieht. Gegen ihn zog einige Tage später ein gewisser A. Callam zu Felde, um den Grundriss der kommunistischen Gewerkschaftszentrale: „Schutz des Unternehmers vor der baugewerblichen Sozialisierung“ hochzuhalten.

Nach Callam liegen die Bauhütten nicht auf dem Wege zum Sozialismus, weil sie für die Arbeiter keine materiellen Vorteile bringen, sondern nur für den Staat und die Gemeinden. Daß zum Staat und den Gemeinden auch die Arbeiter gehören, ja, daß die Arbeiter die ungeheure Mehrheit des Volksganges umfassen, und daß gerade die Arbeiter es sind, die heute in Gestalt von Steuern und Abgaben aller Art die hohen Gewinne der kapitalistischen Baunetzmehrer und Baustoffhändler erarbeiten müssen, weil ja die Kapitalisten nichts tun, kann natürlich ein Kommunist vom Schläge Callams nicht begreifen. Anstatt darüber nachzudenken, spekuliert er lieber auf die „Weltrevolution“. Was sie kommt und für A. Callam die für ihn ganz besonders wichtigen „materiellen Vorteile“ bringt, mögen sich die Arbeiter ruhig durch die Preissteigerungen und sonstigen Kapitalisten ausbeuten lassen; denn je größer die Ausbeutung ist und je schlechter es den Arbeitern geht, um so rascher kommt nach kommunistischer Logik die „Weltrevolution“. Wie aber nun, wenn auch die Weltrevolution den Arbeitern keine materiellen Vorteile bringt? Dann schwören Kommunisten, wie A. Callam, die stets nur an ihr eigenes Ich, nie aber auch an das Wohl der Allgemeinheit beziehungsweise der gesamten arbeitenden Klasse denken, zur Gegenrevolution über und üben an allem, was sie vorher erstrebt und gepredigt haben, Verrat.

Wir möchten A. Callam empfehlen, Band VII der „Bibliothek der kommunistischen Internationale“ zu lesen. Dort weist Eugen Werga, der ehemalige Präsident des Obersten Wirtschaftsrates der ungarischen Materepublik — also gewiß ein zweifelsfreier Kommunist — eingehend und unvieldreht nach, daß nach dem verlorenen Kriege die Lebenshaltung der Arbeiterschaft schon in der kapitalistischen Gesellschaft nicht hoch sein kann, daß aber nach Eintritt der Diktatur des Proletariats noch ein weiteres Sinken der Lebenshaltung des städtischen beziehungsweise industriellen Proletariats unvermeidlich ist, und daß die einzige Besserung der Lebenshaltung im kommunistischen beziehungsweise proletarischen Staat erst ziemlich spät eintreten kann. Lauten wie A. Callam wirft Werga mit Recht eine „habgierige-egoistische

Jahr und Monat	Teuerung			Löhne der Berliner Maurer				Im Tariflohn ist für den Monat zu wenig (-) oder zuviel (+) gezahlt bei Berechnung nach	
	Reichsindexziffer	Teuerungszahl	Verhältniszahl (1913/14 = 100)	Stundenlohn		Wochenlohn		Stundenlohn	Wochenlohn
				Tarifflohn	Gleitender Lohn	Tarifflohn	Gleitender Lohn		
1914	100	103,82	100	0,82	—	44,28	—	—	—
1920 Januar	—	—	—	3,52	—	147,84	—	—	—
Februar	635	648	625	4,45	b. 14. Feb. an	209,15	—	—	—
März	747	804	777	4,45	5,13	209,15	276,75	+ 133,28	+ 281,67
April	848	913	881	5,70	6,37	267,90	344,06	+ 151,32	+ 327,13
Mai	868	884	853	6,50	7,22	305,50	390,11	+ 285,12	+ 502,94
Juni	845	844	815	6,50	6,99	305,50	377,71	+ 96,04	+ 300,88
Juli	856	926	894	6,80	6,68	319,60	360,88	+ 23,52	+ 172,—
August	790	823	794	6,80	7,33	319,60	395,86	+ 103,88	+ 317,75
September	779	820	791	6,80	6,51	319,60	351,58	+ 56,84	+ 133,25
Oktober	843	901	870	6,80	6,49	319,60	350,25	+ 60,76	+ 127,71
November	882	903	871	6,80	7,13	319,60	385,24	+ 64,68	+ 273,50
Dezember	934	964	930	6,80	7,14	285,60	385,68	+ 59,50	+ 417,—
1921 Januar	944	960	926	6,80	7,63	285,60	411,80	+ 145,25	+ 525,83
Februar	901	916	884	7,05	7,59	331,35	410,03	+ 148,84	+ 374,83
März	901	913	881	7,05	7,25	331,35	391,44	+ 39,20	+ 250,38
April	894	897	866	7,05	7,22	331,35	390,11	+ 33,32	+ 244,83
Mai	880	875	844	7,05	7,10	331,35	388,46	+ 9,80	+ 217,13
Juni	896	880	849	7,05	6,92	331,35	378,72	+ 25,48	+ 176,54
Juli	863	999	964	7,65	6,96	359,55	375,94	+ 54,84	+ 157,59
August	1045	1045	1008	7,80	7,90	366,60	426,86	+ 31,60	+ 265,18
September	1062	1056	1019	9,30	8,27	437,10	446,84	+ 8,12	+ 261,75
Oktober	1146	1189	1099	9,30	8,36	437,10	451,21	+ 184,24	+ 68,79
November	1397	1416	1367	11,75	9,01	552,25	486,64	+ 191,59	+ 91,27
Dezember	1550	1555	1501	12,25	11,21	514,50	605,31	+ 119,—	+ 444,87
1922 Januar	1640	1620	1563	12,75	12,81	535,50	664,64	+ 75,25	+ 548,58
Februar	1989	1992	1922	13,50	12,82	567,—	692,10	+ 133,28	+ 240,—
März	—	—	—	15,50	15,76	634,50	851,06	+ 50,96	+ 526,93
Zusammen	—	—	—	—	—	—	—	+ 924,80	+ 7237,78
								+ 1360,91	+ 7237,78



# Zum Verbandstage.

Der Verbandstag wird am Montag, 8. Mai, vormittags 9 Uhr, eröffnet werden.

Tagungsort ist der große Saal des Volkshauses in Leipzig, Zeiher Straße 32.

Die Abgeordneten werden hiermit ersucht, umgehend dem Kollegen Robert Nisch in Leipzig, Zeiher Straße 32, 3. Etage, Zimmer 74/77, ihre Wünsche über Wohnung usw. mitzuteilen. Jeder Abgeordnete hat sich bei seinem heimischen Eisenbahnname danach zu erkundigen, wie er auf dem kürzesten und schnellsten Wege spätestens Sonntagabend nach Leipzig gelangt. Auf dem Bahnhof werden die Abgeordneten von Leipziger Kollegen, kenntlich an Plakaten mit der Aufschrift: „Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes“, in Empfang genommen. Wer nach 8 Uhr abends in Leipzig eintrifft, muß dies dem Kollegen Nisch vorher besonders mitteilen.

In dem Empfangs- und Wohnungsbüro erhält jeder Abgeordnete eine Karte, die als Ausweis für die Wohnung, für die unentgeltliche Aufbewahrung von Garderobenschränken im Tagungsorte und für den Zutritt zu den Verhandlungen dient. Der Vorstand.



## Wie war es einst, und wie ist es jetzt!

Wenn man hört, wie heute viele unserer Kollegen von der Vorkriegszeit sprechen, dann könnte man annehmen, die Arbeiter seien damals auf Rosen gebettet gewesen. Biersack hört man sagen, wie gut es doch früher, verglichen mit den gegenwärtigen Verhältnissen, gewesen sei. Diese frühere Gerechtigkeit möchte ich unsern Kollegen, besonders den älteren, etwas in ihre Erinnerung zurückrufen. Im Jahre 1899, als wir in Köln unsere Zählstelle des Deutschen Bauhilfsarbeiterverbandes gründeten, erhielten wir einen Stundenlohn von 27 bis 32 S. Bei zehneinhalb-jähriger Arbeitszeit war der höchste Lohn für einen tüchtigen Bauhilfsarbeiter 3,50 M. Die Maurer erhielten stündlich 10 S mehr. Wurde es im Oktober 10 Minuten früher dunkel, so büßten die Bauarbeiter einen halben Stundenlohn ein, und so ging es Woche für Woche mit dem Abzug, bis im Dezember der Tagesverdienst eines Bauhilfsarbeiters bis auf 2,30 M oder 2,40 M herabgeunken war. Wir Bauhilfsarbeiter hatten dabei nicht viel mitzureden; denn einen Verband hatten wir noch nicht. Bei den Maurern war es zu dieser Zeit nicht viel besser. War der Winter mit Hunger und Kummer vorüber, dann mußten die Bauarbeiter den halben Sommer jähren, um die im Winter aufgeschummelten Schulden zu bezahlen. Viel Kredit hatten wir ja nicht; aber alles, was einmorgens Wert hatte, Anzug, Uhr, Zeitzeug usw. war zum Leihguthum gelangt. Die Miete war für 2 oder 3 Monate im Rückstand, vorausgesetzt, der Hauspächter gebudelt sich solange und ließ den jähmigen Mieter nicht vorher samt Frau und Kindern im Wintertag auf die Straße setzen. Manche Bauarbeiter ist dies im Winter passiert. Kollegen, die heute von der guten alten Zeit reden, sind entweder zu jung, so daß sie dies nicht zu erleben brauchten, oder haben alles vergessen.

Wie war es mit der Lebensweise? Alles war in Deutschland in Hülle und Fülle vorhanden, aber trotzdem mußte der Arbeiter mit seiner Familie darden. Ich erinnere mich noch, als unser Vebel im Reichstage vorbrachte, in Köln habe eine Familie zu Mittag gekochte Kartoffelschalen gegessen, daß ein Abgeordneter rief: „Dann wird der Vater alles verpfoten haben!“ Große Enttäuschung hatte diese Flegel eines vollgeregneten Junters bei den Sozialdemokraten hervorgerufen. Obwohl alles so hüßig war, wie viele sagen, war der Bauarbeiter froh, wenn er für 5 S Wuttwort oder Limburger Käse zum Frühstück hatte. Ein Pfund Fleisch kostete 70 bis 90 S. Das war viel Geld, als man 30 S die Stunde verdiente. Die Frauen waren gezeugten, wollten sie überhaupt ein Stüchden Fleisch haben, vom Metzger etwas Vtsfall zu kaufen. Waisstoffe, Geld und Arbeitskräfte waren in Fülle vorhanden; gesunde Wohnungen, die die Arbeiter auch bezahlen konnten, baute man ihnen nicht. Und doch hätten genügend freundliche Arbeiterwohnungen gebaut und damit dem heutigen Wohnungseld vorzubegeben werden können. Aber dank dem elenden Dreiklassenpaßrecht Preußens hatten die Arbeiter im Staat und in den Gemeinden nichts zu sagen. Grundbesitzer, Kapitalisten und Hausbesitzer hatten die Führung, und diese Herrschaften fragten den Kaufmann, ob der Arbeiter eine menschenwürdige Wohnung habe. Nur der Vebel kam in Frage. In elenden Speicherkammern mußten auch vor dem Kriege viele Arbeiter hausen. Sie mehr Kinder ein Arbeiter hatte, je kleiner die Wohnung; so war es in der herrlichen Vorkriegszeit, und so ist es noch jetzt.

Es sind jetzt 20 Jahre her, daß in Köln die Maurer und Hilfsarbeiter zum erstenmal streikten. Im Jahre 1902 war es. Beide Berufs waren damals noch sehr schlecht organisiert, und die Unternehmer noch gar nicht. Sie hatten geglaubt, einer so gleichgültigen Arbeiterschaft gegenüber sei das nicht nötig. Sie ließen denn auch durcheinander wie tolle Fühner, als der erste Streik kam; denn so was hatten sie nicht für möglich gehalten. Wir hatten 36 S, den Unternehmer bewilligten den Hilfsarbeitern 30 S, den Maurern 40 S bei einer halben Stunde Arbeitsverfürgung. Vorher hatten die Hilfsarbeiter 27 bis höchstens 32 S erhalten. Bis dahin waren die Maurer und Hilfsarbeiter

die einzigen im Kölner Baugewerbe, die morgens um 6 Uhr mit der Arbeit beginnen mußten. In der Morgenfrühe sah man damals in den Straßen Kölns nur Baderinnen Wäsche austragen, Zeitungsfrauen und Bauarbeiter. Wir hatten den Rehnstundentag erreicht. Das war ein Haupterfolg. Denn vorher wurde 11 und 12 Stunden geschuftet, und dabei mußte man im Sommer darden und im Winter hungern. In der schönen, reichen Stadt Köln, wo man Tausende und aber Tausende von Mark für Festessen und andern Klümbim verschleuderte, wenn eine königliche Gohst oder sonst ein großes Tier Ginkler hielt, ließen Tausende von Kindern, darunter auch viele Bauarbeiterkinder, auf Holzklumpen, die sie von der Armenverwaltung erhalten hatten. Für Rederzüge, die für 3,50 M das Paar zu kaufen waren, hatte die reiche Stadt Köln kein Geld. Als wir 1899 unsere Zählstelle gründeten, stellten wir unsere Versammlungen Sonntags ab. Es kamen aber bald Anträge, die Versammlungen auf einen Wochentag zu verlegen, weil die meisten Kollegen keine Sonntagskleider hatten. Dabei konnte man für 20 M einen Sonntagsanzug kaufen. Dem Bauarbeiter, der Frau und Kinder hatte, war dies aber nicht möglich. Wollte man eine einigermaßen anständige Zweizimmerwohnung bewohnen, so mußte man von je 4 Wochen eine für die Miete arbeiten. In vielen andern Orten waren die Verhältnisse nicht besser. Es ist Zeit, endlich der Rederei entgegenzutreten, wie schön es doch vor dem Kriege gewesen sei. Ich werde diese Zeit nie zurückwünschen und bin froh, daß wir sie hinter uns haben.

Als Wilhelm der Letzte 1899 in Miesfeld jedem das Zuchtstaus in Aussicht stellte, der einen andern am freiwilligen Arbeiten hindert, meinte er nicht die Unternehmer, die selbst viele Tausende Arbeiter ausperren; nein, ehliche Arbeiter, die, um ihre Familie ernähren zu können, ausreichende Löhne forderten und, weil das Ausbeutertum ablehnte, streiken mußten, sollten ins Zuchtstaus, wenn sie eins der „nützlichen“ Elemente, Streikbrecher genannt, sich anmaßen. Die Zuchtstausvorlage, die von der damaligen Regierung dem Reichstage zuging, wurde zwar abgelehnt, aber ihr Geist schwebte über der Kampfbewussten Arbeiterschaft. Tausende braver Arbeiter kamen wegen geringfügiger Vergehen oder ungeschuldig für Monate und Jahre ins Gefängnis. Der § 158 der Gewerbeordnung hat seine Schuldigkeit getan. In den Jahren 1902 bis 1916 haben wir in Köln unsere Löhne von 36 auf 61 S für Hilfsarbeiter erhöht. Das sind 25 S, um die wir in den 14 Jahren unsere Stundenlöhne steigern konnten. Die tägliche Arbeitszeit verkürzten wir auf 9½ Stunden. Welcher Kampf es kostete gegen Kauffeier auf Arbeiterseite und gegen ein schamlosmachendes Unternehmertum, kann nur der ermessen, der mit in Reich und Glied gestanden hat. Die den Deutschen Bauarbeiterverband heute gelb nennen, waren jedenfalls nicht dabei; auch die Leute, die sagen, wir können oder dürfen heute nicht mehr streiken, haben von jenen Kämpfen keine Ahnung. Niemand will den Verband gesplittern. Wer aber die Einrichtungen und die Satzungen des Verbandes misachtet, wer die gewählten Vertreter als Arbeitervertreter beschimpft, diese Versammlung zu einer Adhauerversammlung machen möchte, jährt die Bauarbeiter aus schwerer Kritik soll sein. Wer seine Kritik vertragen kann, steht unter aller Kritik. Aber alle Kritik muß sachlich und anständig geführt werden. Die Vorkriegszeit können wir auch deshalb nicht zurückwünschen, weil Preußen und damit Deutschland ein Polizeistaat und Militärstaat war. Wogegen es jetzt noch seiner Verfassung eine demokratische Republik ist, weil früher in Staat und Gemeinden ein Dreiklassenwahlrecht bestand und jetzt allen ein gleiches freies Wahlrecht gesichert ist. Also, Kollegen, wenn wir einig sind und den Willen haben, unser Ziel zu erreichen, die Bahn ist frei. Auf der Arbeitstabelle haben wir mitzubestimmen, wenn nur vernünftige Kollegen da sind, die von diesem Mitbestimmungsrecht den richtigen Gebrauch machen. Aus allen diesen Gründen und noch vielen andern wünsche ich die herrliche Vorkriegszeit nicht wieder herbei. Christian Fröhlich, Köln.

## An die Hollandfahrer.

Aus Zwolle in Holland erhielten wir vom Kollegen Bernhard Landgraf einen längeren Brief über die holländischen Arbeitsverhältnisse, den wir in Müchigkeit auf den Raum leider nicht in vollem Umfange wiedergeben können. Kollege Landgraf arbeitet schon geraume Zeit in Holland, gehört auch dem dortigen Bauarbeiterverbande an, und hat somit einen guten Einblick in die dort üblichen Organisations- und Arbeitsverhältnisse. Sein Brief bestättigt, was unsere Kollegen ja auch bereits wissen, daß in Holland wie in Deutschland reichlich Bauarbeit vorhanden ist. Der Unterschied ist nur, daß die Löhne in Deutschland wegen des Wskuntunterschiedes bedeutend hinter den holländischen zurückliegen. Der in Holland einheimische Bauarbeiter merkt das von weniger. Er gibt seinen Verdienst für die bessere Lebenshaltung aus. Der aus dem valaischsprachigen Deutschland kommende Arbeiter bringt es jedoch fertig, durch sparsame Wirtschaft von seinem Verdienste so viel zu erübrigen, daß es in seine Heimatvalaia ungenügend, das Doppelte und das Dreifache des in seiner Heimat geltenden Lohnes übersteigt. Das bildet natürlich einen starken Anreiz zur Emigration. Demingd warnt Kollege Landgraf alle Kollegen, die etwas nach Holland zu reisen beabsichtigen, sich als Lohnbrüder mißbrauchen zu lassen. Allgemein wird ein bedeutend höherer Lohn gefordert, als der auch dort bestehende Tarifvertrag vorgeschreibt; um 30 bis 40 Cent wird der Tariflohn allgemein überschritten. Die Unternehmer haben natürlich das Bestreben, den Lohn nach Möglichkeit zu drücken, und dazu sind ihnen die in Antwerpen der Verhältnisse sich ihnen billiger anbietenden Ausländer gerade recht. Die Bauunternehmer haben, um den Zugang zu sichern, bei der holländischen Regierung sogar beantragt, die Passportschriften für Maurer, Zimmerer und Arbeiter aufzugeben, damit auf diese Weise die Arbeitsbedingungen für einen Lohnabbau und andere Verschlechterungen geschaffen werden. Da die holländische Arbeiterschaft diesem Vorhaben nicht talentlos zusehen kann, sie im Gegenteil, wie in andern Ländern auch, danach strebt, daß ihre Arbeitsverhältnisse verbessert werden, so sieht Kollege Landgraf die Zeit kommen, wo unsere holländischen Kollegen gezeugten sein werden, den Kampf aufzunehmen. Dabei müssen sie natürlich auf die Solidarität aller aus dem

Auslande zugereisten Arbeiter rechnen können. Das Zusammenarbeiten mit unsern holländischen Kollegen, mit ihrer Organisation, ist so einwandfrei und brüderlich, wie nur möglich, wenn nur auch die zugereisten Ausländer immer ihre Pflicht erfüllen. Das trifft leider nicht in allen Fällen zu. In ihrer Selbstsücht bieten sie sich manchmal zu geringeren Löhnen an und tragen auch sonst zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei. Sie kümmern sich nicht um die Organisation, da sie die in holländischer Währung berechneten Beiträge sparen möchten. Mit einem holländischen können sie 10 deutsche Beiträge bezahlen, und so kommt es vor, daß sie ihre Beitragsmarken in Deutschland heben lassen, während sie in Holland arbeiten. Derartige Selbstlinge und Organisationsfeinde stehen bei unsern holländischen Kollegen denn auch in einem sehr schlechten Ansehen. Die deutschen Kollegen können gar nicht eindringlich genug davor gewarnt werden, ziel- und planlos nach Holland zu reisen. Jedes Verbandsmitglied, das auf Solidarität und saubere Handlungsweise hält, sollte unter seinen Umständen in Holland Arbeit annehmen, ohne vorher mit unserer holländischen Bruderorganisation in Fühlung getreten zu sein. Dieser warnende Brief des Kollegen Landgraf wird unsern Verbandsmitgliedern dringend zur Beachtung empfohlen.

Auch unser Verbandsvorstand hat die nach Holland reisenden Mitglieder wiederholt schriftlich um ihre Solidaritätspflicht hingewiesen. Wer sich in Holland der Organisationspflicht in unserm Verbandsbeiträge, die ein in Holland beschäftigtes Verbandsmitglied für diese Zeit im deutschen Verbandsbeiträge leisten hat, sei es im voraus, laufend oder nachträglich, von der Verbandsverwaltung ausdrücklich als unzulässig erklärt. Sie gelten als nicht geleistet. Die Verbandsleistungen sind angewiesen, streng auf derartige Duldungsbeiträge zu achten.

Also Verbandsmitglieder, reist nicht nach Holland, nehmt keine Arbeit an, bevor ihr Euch mit der dortigen Organisation verständigt habt! Hebt Solidarität!

### Ein neuer Beweis für die Verelendung des deutschen Volkes.

Die Leitung unseres Bezirksvereins Merseburg erhielt kürzlich eine schriftliche Beschwerde über eine größere auf dem Neumarkt beschäftigte Firma, die den Tariflohn verweigerte. Der Beschwerdebeführer ist ein Student der Rechtswissenschaft, da seine Angehörigen ihm die zum Studium erforderlichen Mittel nicht voll zur Verfügung stellen können, ist er in den Ferien kurz entschlossen als Kanalarbeiter bei der Firma in Arbeit getreten. Abgesehen davon, daß es gut wäre, wenn alle Volkswirtschaftler und Rechtswissenschaftler auf solche Weise Erfahrungen aus dem tätigen Leben sammeln müßten (sie würden gewiß gute Vorlesungen für Schlichtungsausschüsse werden), so lehrt doch dieser Fall, daß die Not auch vor den Türen der Herrscher, insbesondere des Mittelstandes, nicht halt macht. Unser Rechtswissenschaftler dürfte in späteren Jahren, will er sich um seine Erfahrungen nicht verleugnen, ein nützliches Glied unserer Gesellschaft werden. In seinem Reichsgerichtsschreiben ist er:

Am 24. März bin ich bei der Firma N. N., Bauverein Leuna, eingestuft worden, und begann am 25. März an der Kanalarbeit Neu-Nöffen zu arbeiten. Ich habe im Winter in Leipzig Rechtswissenschaft studiert, und suche mir in den Ferien durch Handarbeit einen Teil der Mittel zu meinem Studium zu erwerben. Nach achtstündiger Arbeit bezog ich die Firma die Auszahlung des tarifmäßigen Lohnes von 14,85 M für die Stunde, und will nur 10,20 M beivilligen, mit der Begründung, sie habe uns als Studenten eingestuft. Ebenso wie mir, erging es 2 andern Kollegen, von denen einer schon 14 Tage dort arbeitet. 10,20 M ist der Lohn für Jugendliche; wir sind alle über 20 Jahre alt. Wir sind eingestuft worden wie jeder andere Arbeiter auch, vom Lohn wurde bei Einstellung nicht gesprochen. Dagegen unterzeichneten wir ein Formular der Arbeitsstellung des Bauvereines, das den Satz enthielt: „Die Entlohnung erfolgt nach den allgemeinen Reichstarifverträgen.“ Aus alledem müßten wir annehmen, daß der allgemeine Tarif für uns gelte. Die Firma hätte uns mindestens gleich bei Anstellung ihre niedrigen Entlohnungsbedingungen mitteilen müssen. Sie kann uns nicht zumuten, erst bei Lohnschluß, am 31. März, davon Kenntnis zu nehmen. Sie ließ uns übrigens auch da noch im Unklaren, indem sie uns verächtlich seinen Lohn auszahlte; und erst heute erfahren wir bei Rücksprache mit dem Chef etwas Bestimmtes.

Daß die Firma anfangs mit voller Entlohnung rechnete, ergibt sich daraus, daß sie dem Kollegen, der schon 14 Tage arbeitet, für eine Woche den vollen tarifmäßigen Vorschuß von 600 M ausgezahlt hat.

Sollte sich die Firma auf ein Versehen ihrer Angestellten berufen, so müssen wir darauf hinweisen, daß die Firma für Handlungen ihrer Hilfspersonen und kaufmännischen Angestellten nach dem bürgerlichen Gesetzbuch wie nach dem Handelsgesetzbuch wie für eigene Handlungen einstehen muß. Wenn die Firma auf unsere geringe Arbeitsleistung hinweist, weist ihr die praktische Arbeit nicht so gewandt, so müssen wir entgegen, daß jeder Neuling im Anfang weniger leistet, daß wir uns aber ebenso wie andere einarbeiten. Ueberdies wußte die Firma das ganze als andern Baufirmen, auf den Leunawerten wie auch anderswo, den Studenten und Studierenden voll tarifmäßig. Auch daraus konnten wir annehmen, daß wir die volle Entlohnung erhalten würden, ohne es bei der Einstellung erst zu erwägen. Das gleiche ergibt sich aus § 612 des bürgerlichen Gesetzbuches. Zu niedrigeren als Tariflöhnen hätten wir uns überhaupt nicht einstellen lassen. Es handelt sich bei uns nicht um Studierende der Technik, die im Verlauf ihrer Ausbildung verdienen müssen, sondern um uns, die wir verdienen. Dies haben wir der Firma auch von Anfang an wissen lassen.

Dieser Brief schreibt Wände. Wir empfehlen ihn allen denen zu lesen, die heute noch in dem Glauben leben, daß für Arbeiter von den Kapitalisten eine Gütigkeit zu erwarten sei.

Das Kapital stützt alle Existenzschwachen, dann die stärkeren, und schließlich wird nur noch ein einziger Kapitalinhaber Deutschland, Europa und die ganze Welt unter seine Fehle zu zwingen versuchen. Unser Student soll sich nicht vergebens an uns gewandt haben. Aus seiner Fühlungsnahe zu uns spricht die Einsicht, daß unter Verband, wie unsere Gewerkschaften überhaupt, einen festen Wall bilden gegen Ausbeutung und Verelendung durch rücksichtslose Kapitalisten. Aber auch alle unorganisierten Bauarbeiter, alle Unionisten und vor allem jene Leute, die in unheilvoller Verelendung die Gewerkschaften zer-einigen möchten, alle sollten diesen Brief lesen und darüber nachdenken, wie sie für die weitere Festigung des Verbandes wirken können. Noch ist unser Verband stark genug, seine Mitglieder vor Unternehmervöllerei zu schützen. Gelänge es gewissen Querzögern, die Geschäftsfähigkeit zu zerstören, so könnte es uns ergeben wie diesem Studenten, nur mit dem Unterschied, daß unsere Klagen nicht mehr gehört werden können und wir zum Spielball unserer Ausbeuter würden.

Franz Lingnau, Merseburg.

### Bezirkstag in Frankfurt a. M.

Am 25. und 26. März tagte in Frankfurt a. M. der Bezirkstag für den Bezirk Hessen und Sassen-Massau. Anwesend waren 8 Bezirksauswahlglieder, 3 Beobachter und 72 Abgeordnete. Dadurch, daß Kollege Raepfow erst am 26. März anwesend sein konnte, machte sich eine Umstellung der Tagesordnung notwendig. Diese lautete nun: 1. Bericht des Bezirksauswahlschusses. 2. Lohn- und Vertragspolitik. 3. Stellungnahme zum Verbandskongress. 4. Sozialisierung. 5. Werbearbeit. 6. Wahl des Bezirksauswahlschusses. Kollege Hüttmann gab den Geschäftsbericht. Er wies darauf hin, daß die übertriebenen Zahlen und den kurzen schriftlichen Bericht. Er sagte: „Die unferne Wirtschaftslage zwingt uns, eine vorläufige Lohnpolitik zu treiben. Die einen breiten Raum einnehmenden Lohnbewegungen in den Jahren 1920/21 werden in diesem Jahre nicht weniger sein. Organisatorisches Wirken der Kollegen, auch in der feinsten Ortsgruppe, wird uns die Möglichkeit schaffen, die Interessen der Kollegen ohne empfindliche Kontraste zu wahren. Die ungeheure Geldentwertung wirkt allerdings furchtbar auf unser Organisationsleben; denn es geht überall an Mitleiden. Die Verwaltungsausschüsse der einzelnen Vereine müssen verschwinden. Mit selbstausgeführten Mitteln läßt sich anders wirtschaften. Vergleichen wir unsere Massenbestände mit denen der Friedenszeit unter Berücksichtigung einer nur funktionswichtigen Beträge pro Mitglied, so sehen wir nur noch einen unheimbaren zur Stärkung unserer Vereinstafel einen Zuschlagsbeitrag von 1 M zu erheben, werden wir in die Lage versetzt, unsere Aufgaben richtig zu erfüllen. Im Bezug auf Lohnverhältnisse halten wir einen Vorschlag, mit andern Bezirken aus. Der Streit ist heute keine nicht mehr Mittelteil. Wir haben in den letzten 3 Jahren 66 465 Neueintritte gehabt. Die Mitgliederzahl im Bezirk betrug am Jahresabschluss 1921 34 473. Der maßgebende Wechsel der Mitgliedschaft muß beseitigt werden durch innere Lieberlegung und Festigung der Arbeiter. Die Frage des Bauarbeiterkampfes hat infolge der Ueberlastung mit andern Arbeiten nicht so gefördert werden können, daß wir überall Kontrollkreise aus Arbeiterkreisen zur Anstellung bringen konnten. Auch in der Wohnungsfrage hätte mehr geheißen müssen. Die Ausbildung in wirtschaftlichen Fragen muß unbedingt angekrebt werden, um Sinn und Geist auf die Umstellung der Wirtschaft im sozialistischen Sinne zu schulen. Der Bauwerkersbund soll uns hierzu ein weiteres Mittel sein, und an uns liegt es nun, diese Entwicklung unter Einfluß unserer ganzen Kraft zu fördern.“

Kollege Carl Schneider gab den Massenbericht. Die Verwaltungskosten der Bezirksleitung betragen 1922 zusammen 163 426,55 M, dagegen 1920 nur rund 63 % und 1919 nur 24 % dieser Summe. Neben bemängelte den teilweise noch sehr schlechten Eingang der Sozialisierungsbeiträge. Die Verbandsvorstände sollen alles daransetzen, daß die Restbeträge so schnell als möglich zusammenkommen.

In der Aussprache forderten mehrere Kollegen, unter anderem von Gießen und Mainz, die Anstellung eines Betriebsratssekretärs, möglicherweise für je 2 Bezirke einen. Graf, Limburg, sicherte die Dringlichkeit einer höheren Organisationsform gerade in seinem Verein; Schneider, Frankfurt a. M. erklärte die günstige Wirkung der fortschrittlichen Ideen der Bezirksleitung an. Paff, Aischaffenburg, wünschte mehr aufklärende Arbeit auf den Baustellen.

Kollege Hempel sprach über Lohn- und Vertragspolitik im Bezirk. Unter Zuhilfenahme von Indegassen der „Frankfurter Zeitung“ bewies er die Notwendigkeit unserer im letzten Jahre geäußerten Lohnbewegungen. Die fünfte Lohngruppe wurde im November 1921 wieder beseitigt. Durch die Schaffung des Bezirksarbeitsvertrages waren wir in der Lage, den Solidaritätsgedanken bis zum entferntesten Ort zu tragen und ihn zu pflegen. Die Wirkung der moralischen Schreie, die die Unternehmer in der Ferienfrage setzten, läßt hoffen, daß diese Frage im neuen Reichsarbeitsvertrag zufriedenstellend gelöst wird. Der Einführung der 46-Stundenwoche haben wir nach reiflicher Überlegung zugestimmt. Die langjährige Friedenszeit mit der Lohngruppenumstellung ist zum Teil berechtigt. Wenn man aber berücksichtigt, daß diese auf Grund der vor 2 Jahren vorhandenen Wirtschaftsverhältnisse vorgenommen wurde, muß man sagen, daß heute eine Veränderung nur durch größere Mitarbeit der Kollegen unter Beachtung der guten Bautätigkeit erreicht werden kann. Die Spannung zwischen den Löhnen der Fach- und Hilfsarbeiter konnten wir, in möglichen Grenzen halten.

Allgemeine Anerkennung fand die Lohnpolitik der Bezirksleitung. Wenn die Kollegen in Cassel, Darmstadt und Mainz heute noch Schwierigkeiten in der Durchführung der 46-Stundenwoche machen, so dürfte nicht zuletzt das Verhalten der Unternehmer in der Ferienfrage schuld daran sein. Im Schlußwort betonte Kollege Hüttmann, daß die Durchführung der 46-Stundenwoche zur lokalen Vertragsausführung gehöre. Die Lehrlingsfrage steht neben der Ferienfrage und der Affordarbeit bei den zentralen Verhandlungen an erster Stelle, ohne deren Lösung ein neuer Reichsarbeitsvertrag wohl nicht zustandekommen dürfte. Dringend bitte er um einstimmige Annahme der nachstehenden Entschließung, damit wir auch in der Wohnungsfrage mehr tun können. Ein Antrag Offenbach, einen Angestellten nur für Offenbach frei-

zustellen, wurde zurückgezogen und dem Bezirksverein Frankfurt als Material überwiesen. Einstimmig wurde die Lohn- und Vertragspolitik gutgeheißen, dem Kassierer Entlastung erteilt und nachstehende Entschließung angenommen:

Die starken Schwankungen der wirtschaftlichen Verhältnisse und die besonderen Schwierigkeiten der Bauwirtschaft führten zu einer Anzahl Organisationsmaßnahmen, unter denen der Verband und die Bezirksvereine stark leiden. Die zurzeit aus den Wirtschaftsverhältnissen sich ergebende furchtbare Leertendenz übersteigt in ihrer Entschiedenheit weit alle bisherigen Preise. Die Ausgaben für Lohnbewegungen, Werbes- und Bildungsarbeit, Versammlungen- und Vereinsstätigkeit sowie Essen, Porto und alle sonstigen sachlichen und persönlichen Verwaltungs- und Organisationsausgaben sind andauernd und schnell im Wachstum. Darunter leidet die Finanzwirtschaft aller Vereine, ganz besonders aber der mit geringer Mitgliederzahl und ausgedehnten ländlichen Vereinsgebieten. Es liegt aber durchaus nicht im Interesse der Bezirksvereine, zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen, organisatorischen Aufgaben und der damit verbundenen finanziellen Ausgaben, sich dauernd auf einen Zuschuß aus der Hauptkasse zu stützen und damit die Vereinswirtschaft zu belasten. Alle Vereine haben in ihrem Interesse danach zu streben, aus eigener Kraft ihre Aufgaben erfüllen zu können. Der Zuschußwirtschaft ist energig entgegenzuwirken. Nur in den Vereinen, wo die Kollegen die Mittel aufzubringen vermögen, deren der Bezirksverein benötigt, sind ihre Interessen voll und ganz gewahrt. In dieses Ziel mit den normalen Mitteln nicht zu erreichen, so müssen in diesen Vereinen sogenannte Vereinszuschüsse erhoben werden. Es ist daher dringend zu empfehlen, daß alle Vereine für die Organisationsförderung und zur Stärkung des Verbandes im ganzen Bezirk einen Zuschlag von höchstens 1 M erheben. Nur durch die eigene Kraft, Erziehung und Spülung der Kollegen zur Arbeiterbewusstseinsbildung kann das hohe Ziel der gemeinsamen Interessenvertretung voll und ganz erreicht werden. Der Bezirkstag erkennt an, daß die in der Entschließung ausgesprochenen Gedanken der einzige Weg sind zur Stärkung der Bezirksvereine. Die anwesenden Abgeordneten verpflichten, in diesem Sinne zu wirken.

Kollege Hüttmann sprach dann kurz über Werbearbeit. Zustimmung und ohne Aussprache wurden diese Ausführungen entgegengenommen.

Ueber den vierten Verbandstag und seine Aufgaben sprach dann Kollege Raepfow. Bauwerkersbund und Sozialisierungsfrage seien die Hauptaufgaben in Leipzig zu besprechen seien. Die Verbandstage in Weimar und Karlsruhe gaben uns den Auftrag, diese Ideen zu fördern, und wir haben demgemäß gehandelt. Mehrer sprach eingehend über die Widerkräfte gegen die Durchführung heider Probleme. Da wir schon in mehreren Berichten und Artikeln diese Fragen erwähnt haben, so kürzigt sich ein weiteres Eingehen darauf an dieser Stelle.

In der Aussprache forderten alle Redner auf, für die Gründung des Bauwerkersbundes einzutreten. Der als Gast anwesende Bezirksleiter des Malerverbandes sprach die Hoffnung aus, daß sich die nächste Vertrauenskonferenz dieses Verbandes klar und eindeutig für den Bund aussprechen werde. Kollege Raepfow berichtete dann über den Stand der zentralen Verhandlungen.

Ueber die Sozialisierung des Bauwerkersbundes sprach der Geschäftsführer Ege vom Bauütien-Betriebsverband Hessen. Er betonte besonders, daß es für uns notwendig sei, auf den Baustoffmarkt Einfluß zu bekommen. Die Umwirre der Sozialisierungsgegner aus dem Unternehmerlager seien uns der beste Beweis dafür, daß wir auf dem rechten Wege seien. Notwendig sei aber vor allem eine Verbesserung der finanziellen Grundlage unserer Betriebe. Das Vertrauen auf die Größe unserer Idee müsse uns zu höchster Kraftentfaltung anspornen. Nachdem noch die Kollegen Raepfow und W. Schneider einige ergänzende Ausführungen gemacht hatten, konnte Kollege Hüttmann den Bezirkstag mit der Mahnung schließen, nun frisch ans Werk zu gehen zur Stärkung unseres Verbandes.

### Bezirkstag des Bezirks Rostock.

Am 11. und 12. März hatte unser Bezirk in Rostock seinen Bezirkstag. Von den 67 Abgeordneten, die außer dem Bezirksauswahlschuss und einem Verbandsvorstandsvertreter an der Tagung teilnahmen, waren 63 Maurer, 2 Hilfsarbeiter und 2 Erdarbeiter. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht der Bezirksleitung; 2. Lohnbewegung; 3. Anträge zum Verbandstag; 4. Anträge aus den Vereinen; 5. Wahl des Bezirksauswahlschusses. Wie Kollege Wüchel in seinem Bericht ausführte, war die Bautätigkeit nicht gut. Nur in einigen Städten gab es besser zu tun. Wir dürfen jedoch damit rechnen, daß die Bautätigkeit jetzt auch in der Landwirtschaft reger wird. Mehrere Regiebetriebe wurden leider wegen des Verhaltens der Kollegen von den Behörden eingestellt. Die Organisation ist im Bezirk gut, die Maurer fast alle organisiert, die Hilfsarbeiter etwas weniger. Am schlechtesten steht es zurzeit noch mit den Tiefbauarbeitern, Schweißer ausgenommen, wo sie alle unsern Verbände angehören. Unsere Jugendbewegung bedarf noch vieler, hingehender Arbeit; von 391 Lehrlingen gehören erst 96, noch nicht ein Viertel, zu unsern Verbänden. Ihre Entlohnung ist schlecht, mit uns verbessert werden, obgleich die Forderung ausbleibt, mit uns darüber zu verhandeln. Von der Umfassung machten in unserm Bezirk nur wenige Kollegen Gebrauch, weil sie während der Umfassungszzeit von einem fassenden der Bauwerkmeister ist schwach. Hierfür müssen die Vororte besonders eifrig aktiviert. Hierfür müssen die Mitgliederzahl hat um 621 zugenommen. Am Schluß des 4. Quartals hatten wir unter 6489 Mitgliedern 3864 Maurer, 1689 Hilfsarbeiter, 292 Erdarbeiter, 96 Zlotierer, 6 Stuktureure und 5 Dachdecker. Die Kostenverwaltung bedarf sorgfältiger Pflege. Wir hoffen, den Bestreben ihre Arbeit erleichtern zu können, wenn wir sie in Gruppen zusammenfassen zu gemeinsamer Beschäftigung über die beste Art der Geschäftsführung. In einigen Vereinen hat man es in der Verwendung der Vereinsgelder an der nächsten Gewissenhaftigkeit fehlen lassen, indem davon Ausgaben für Vergnügungszwecke und dergleichen gemacht wurden.



Die Ferien konnten im Hochbau glatt durchgeführt werden, in Dessau führten selbst Klagen vor dem Gewerbegericht nicht zum Ziele. Die Lohnbewegungen sind im ganzen Bezirk einheitlich durchgeführt worden. Ihr Erfolg ergibt sich aus folgender Uebersicht:

	I		II		III	
	1921	1922	1921	1922	1921	1922
für Maurer .....	5,50	10,75	4,70	9,75	4,60	9,65
Hilfsarbeiter ..	5,35	10,20	4,50	9,20	4,30	8,75
Erdbarbeiter ...	4,60	9,65	4,45	9,10	4,20	8,75

Gegen den Achtstundentag wird von unsern Kollegen leider viel gekündigt. Die Staatsanwaltschaft hat es abgelehnt, gegen das Ueberstreiten des Achtstundentages vorzugehen. Die Sozialisierung muß noch besser gefördert werden. Am 2. März ist der Bauhüttenbetriebsverband Westfalens, G. m. b. H., mit einem Stammkapital von 375 000 M ins Leben getreten. Ein Viertel der Vereine ist daran noch nicht beteiligt. Sie lehnten es ab, Sozialisierungsbeiträge zu leisten. In Wismar wird die Gründung einer Bauhütte vorbereitet und in Parchim die Umwandlung der Genossenschaft in eine Bauhütte. In der Aussprache beteiligte sich eine Reihe von Abgeordneten. In den Hauptpunkten stimmten sie den Ausführungen des Bezirksleiters zu oder ergänzten diese an Hand ihrer Erfahrungen in den einzelnen Orten. Kollege Müller, Walsin, bemühte sich, eine Mitarbeitererziehung gegen die Bezirksleitung zu begründen und forderte außerdem, daß die Löhne in den Großwert umgerechnet werden. Kollege Peters, als Vertreter des Verbandsvorstandes, besprach die Fragen der Umschulung und forderte auf, dafür zu wirken, daß in allen Orten Fachgruppen für Bau-Werkmeister geschaffen werden, und ermahnte vor allem zur möglichsten Förderung unserer Sozialisierungsarbeit. Die Aussprache schloß zur Annahme folgender Entschlüsse: 1. Nachdem der Bezirksrat von der Mitarbeitererziehung in einigen Vereinen Kenntnis genommen, erklärt er, daß solche Krebschäden als nicht im Interesse des Verbandes liegend, ausgemergelt werden müssen. Da der Einfluß der Bezirksleitung nach den jetzigen Sagen nicht ausreicht, um solche Mitarbeitererziehung mit Erfolg zu verbinden, muß der Verbandstag für die Verwendung der Vereinsausgaben bestimmte Maßnahmen festlegen. — 2. Der Bezirksrat nimmt mit Befremden davon Kenntnis, daß sich einige Vereine bisher grundrührig geweigert haben, den einmaligen Beitrag in der Höhe eines Tageslohnes für die Förderung der Sozialisierung zu zahlen. Nachdem die große Mehrheit der Vereine der Entschließung des vorigen Bezirksrates gefolgt ist und diesen Beitrag zahlen hat oder noch erzielen beschließt der Bezirksrat, daß diese Verpflichtung alle Vereine zu übernehmen haben. Grundlegend soll hierfür die Höhe des Tagesverdienstes vom März 1921 sein. Des weiteren beschließt der Bezirksrat, daß alle Vereine verpflichtet sind, ihre entfallenden Vereinsausgaben für die Förderung der baugewerblichen Sozialisierung dem Bauhüttenbetriebsverband Westfalens, G. m. b. H. oder der am eigenen Orte gebildeten Bauhütte zur Verfügung zu stellen.

Zur Lohnbewegung beschloß der Bezirksrat nach gründlicher Aussprache folgende Entschlüsse: 1. Die dritte Lohnklasse soll für Westfalen fortfallen. Die Einteilung der bestehenden beiden Lohnklassen wurde unter Berücksichtigung von Meuß und Schönberg der Verhandlungskommission überlassen. — 2. Affordarbeit ist im Bezirk Hofstad verboten. — 3. Die Zuschläge sind proportional mit der Steigerung des Lohnes zu erhöhen. Ebenfalls das Gehirngeld. — 4. Vor Feiertagen ist eine Stunde früher Feierabend, unter Bezahlung dieser Stunde. — 5. Gehalt ist auch vor Feiertagen, die in die Woche fallen, in die Arbeitszeit zu rechnen. — 6. Im Tarif ist aufzunehmen, daß für je 5 Mann bei Ueberlandarbeit eine Waisenhilfe gestellt werden muß. — Grundsätzlich dem Vorschlag der Bezirksleitung soll eine Verhandlungskommission, bestehend aus 6 Kollegen, gebildet werden. In diese Kommission entsenden aus Lohnklasse I die Vereine Westfalen und Schwelm, aus Lohnklasse II die Vereine Westfalen und Warendo, aus Lohnklasse III die Vereine Wismar und Sagenow je ein Mitglied. Dazu kommt der Bezirksleiter. Die von der Bezirksleitung den Ortsvereinen überbrachten Richtlinien wurden gleichfalls angenommen. Dem Verbandstag soll folgender Antrag unterbreitet werden: Die Gelder der Verbandskassen sind nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu verwalten. Für Vergütungen irgendwelcher Art dürfen diese Gelder nicht verwendet werden. Die überprüfungen und unbeschäftigten Gelder der Verbandskassen sind zur Förderung der Sozialisierung des Bauwesens den Bauhüttenbetriebsverbänden und den Bauhütten zur Verfügung zu stellen. Nach der Wahl der Bezirksleitung fand der anstehende verlaufene Bezirksrat sein Ende.

**Bezirksrat des Bezirks Hannover.**

Am 25. und am 26. März tagte im Gewerkschaftshaus zu Hannover der Bezirksrat. Von den 49 Vereinen waren 5, Vrome, Brakel, Caldesee, Drübing und Löhde nicht vertreten. Anwesend waren 79 Delegierte, der Bezirksausschuß und vom Verbandsvorstand Kollege Odenkhal. Wegen der umfangreichen Tagesordnung begann der Bezirksrat schon Sonnabendabend. Aus dem vom Kollegen Schein erhaltene Bericht war zu entnehmen, daß der Bezirksleitung nur wenig Zeit für die eigentliche Arbeit übrig blieb, sondern diese nur indirekt geschah. Die Lohnverhandlungen und die durch sie erzielten Lohnsteigerungen haben als Vorbereitend manchen auf den Weg zur Organisation gebracht. Der Bezirk hatte am Jahresabschluss 22 981 Mitglieder, seine Mitgliederzahl hat sich somit im Laufe des Jahres um 1185 vergrößert. In dieser Zunahme sind 80 Vereine beteiligt, 18 Vereine hatten eine geringe Abnahme. Am 4. Quartal hatte dieser Bezirk die höchste Mitgliederzahl. Zu der Mitgliederzahl gehören 11 762 Angehörige ungelernter und 10 219 Angehörige gelernter Berufe. In den Vereinen ist die Werkschäftigkeit nicht vernachlässigt worden, das ergibt sich schon daraus, daß 11 348 neue Mitglieder aufgenommen sind. Nach einer Zusammenfassung der Vereinsstatistiken hatten nur 2 Vereine eine Zunahme, alle anderen Vereine konnten ihre arbeitsfähigen Kampfmänner bedauern verlieren. In Drübing i. B. ist ein neuer Verein gegründet worden. Die 4 Vereine Osterode, Herzberg, Caldesee

und Rautenberg zu einem Bezirksverein zusammenzuschließen, scheiterte an der ablehnenden Haltung ihrer Mitglieder. Nach einer im August aufgenommenen Wahlenstatistik gehört der weitaus größte Teil der organisationsfähigen Bauarbeiter unseres Bezirks der Organisation an. Für die Lohnbewegung ergaben sich manche Schwierigkeiten, weil wir es neben dem Reichsverband für das Baugewerbe noch mit 4 Bezirksverbänden der Hochbauarbeiter zu tun haben. Das macht die Verhandlungen umständlich und zeitraubend. Oft war die letzte Lohnverhandlung kaum beendet, wenn schon neue wieder angefangen werden mußten. Die 4 Unternehmerbezirksverbände in ein Bezirkslohnratium zusammenzufassen ist versucht worden, aber noch nicht gelungen. Die im Laufe des Jahres erzielten Lohnzulagen waren in den einzelnen Vereinen recht unterschiedlich. So erreichten 2 Vereine 5,30 M als die geringste Erhöhung der Stundenlöhne und 2 andere Vereine 9,80 M als höchste Zulage. Bei allen Verhandlungen mußte die Bezirksleitung gegen eine Staffelung des Lohnes nach Altersklassen, gegen Affordarbeit und gegen Verlängerung der Arbeitszeit ankämpfen.

**Am 29. April ist der 17. Beitrag fällig.**

Der Nordwestdeutsche Arbeitgeberbund verlangte sogar zweimal einen Lohnabbau von 14 v. H. und versuchte bei allen Verhandlungen zu beweisen, daß Statistiken und Messigern nicht anwendbar seien, wenn sie zugunsten der Arbeiterchancen sprächen. Gegen die Vergrößerung der Lohnspanne zwischen den gelernten und ungelerten Arbeitern mußte gleichfalls scharf gekämpft werden. Die frühere Spanne von 10 v. H. war jedoch wegen des Ueberangebotes von Bauhilfsarbeitern nicht zu halten. Das Geschäftsjahr konnte noch nicht erhöht werden, dagegen ist ein Teil der anderen Zuschläge um 50 v. H. erhöht worden. Allgemein haben die Bezirksverbände der Unternehmer die Lohnzulagen eingehalten. Kleinere Verstöße wurden gewöhnlich recht schnell behoben. In den außerhalb des Tarifgebietes stehenden Orten sind die Vertragszulagen fast ausnahmslos ebenfalls durchgeführt worden. In 18 Fällen mußte widerspenstigen Unternehmern durch Schlichtungsausschüsse Vertragsstreue beigebracht werden. Einige Angriffsstreiks waren bei etwas mehr ruhiger Ueberlegung zu vermeiden gewesen. Jedenfalls ist ihr Erfolg, an dem Verlust gemessen, sehr gering. Die Ferien sind im Freistaat Braunschweig durch Vereinbarung mit den Unternehmern durchgeführt worden. Im Bereich des Nordwestdeutschen Arbeitgeberbundes galten nur die zentral vereinbarten Abmachungen und in dem Bezirk Minden, Bielefeld, Lippe hatten die Unternehmer zum größten Teil die Forderungen bezogen. Der Bauarbeiterbund bedarf noch immer sorgfältiger Pflege. Vor allem müssen wir darauf drängen, daß weitere Wautenkontrollen aus Arbeiterkreisen angefüllt werden.

Kollege Drewe ist berichtigte über die Jugendbewegung, daß in 28 Vereinen 386 organisierte Jugendliche vorhanden sind, 186 mehr als am Schlusse des vorigen Jahres. In den 7 Vereinen Bielefeld, Braunschweig, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Minden und Peine bestehen Jugendabteilungen, das sind 5 mehr als im Vorjahre. Eine Umfrage über die Löhne der Jugendlichen und Lehrlinge haben von 49 Vereinen leider nur 35 beantwortet. Die Anteilnahme muß also noch bedeutend besser werden. Die Stundenlöhne der Lehrlinge betragen nach dem Ergebnis letzter Umfrage im 1. Jahre zwischen 80 und 275 v. H., im 2. Jahre zwischen 60 und 480 v. H. und im 3. Jahre zwischen 80 und 500 v. H. Soll dem Baugewerbe ein genügender Nachwuchs an tüchtigen Facharbeitern gesichert und damit der Mangel an Stellen behoben werden, wollen wir es Arbeitgebern ermöglichen, ihre Kinder dem Baugewerbe als Lehrlinge zuzuführen. So muß für eine ausreichende Entlohnung der Lehrlinge noch sehr viel getan werden; ebenso für den Ausbau unserer Jugendabteilungen. Die tarifvertragliche Regelung der Lehrlingsentlohnung muß trotz des Widerstandes der Annungen durchgeführt werden.

In der Aussprache forderten 2 Abgeordnete entschiedenstes Widerstand gegen eine Erweiterung der Lohnspanne zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern. Die von einem andern Abgeordneten betretene Ansicht, Bezirksleitung und Verbandsvorstand müssen bei Vereinen in der Frage ob Streik oder nicht, vollständig freie Hand lassen, fand auf dem Bezirksrat eine Gegenliebe. Andere Redner forderten, daß die 10 Punkte des A.G.B. durchgeführt werden oder demängelt, daß die Bezirksleitung nicht immer fest genug für die Lohnforderungen eingetreten sei, daß keine Vereine zugunsten größerer Vereine benachteiligt würden. Die Kollegen Sander, Goslar und Voigt, Hannover, wiesen diese Einwände mit guten Gründen als haltlos zurück. Die Verhandlungskommission habe bei den Verhandlungen alles getan, was möglich war. Man darf auch die in unserm Bezirk Hannover zum Teil recht schweren Verhältnisse nicht vergessen. Daß der Bezirksrat diesem zustimmt, beweist die einstimmig beschlossene Entlassung.

In seinem Vortrage über die Aufgaben des Verbandstages besprach Kollege Odenkhal die Gründe für die Errichtung eines Bauarbeiterbundes sowie die eingegangenen Anträge. Namentlich wandte er sich gegen die von einigen Vereinen des Bezirks gestellten Anträge. Die Aussprache war nur kurz. Der Vertreter von Hannover verteidigte den gegenwärtigen Standpunkt der dortigen Kollegen. Ueber den Stand der sozialen Baubetriebe berichtete Schein. Der wöchentliche Sozialisierungsbeitrag von 50 v. H. sei von allen Vereinen geleistet worden, nur von Celle nicht. Im Juli 1921 ist der Bauhüttenbetriebsverband mit einem Stammkapital von 525 000 M gegründet worden. Neue Bauhütten als G. m. b. H. sind in Minden, Bielefeld, Göttingen, Braunschweig und Lippe gegründet worden. Wie die Vereine die sozialen Baubetriebe weiter stärken können, soll in den Mitgliederveranstaltungen beraten werden. Die hierzu angemessene Entschliessung lautet: „Der Bezirksrat des Bezirks Hannover erkennt an, daß zur Verwirklichung der Sozialisierung des Bauwesens heute recht große Geldmittel nötig sind. Damit der Bauhüttenbetriebsverband seine ihm gestellten Aufgaben reiflos erfüllen kann, beschließt der Bezirksrat, die Vereine haben sofort über die weitere Zahlung eines Sozialisierungsbeitrages in ihrer nächsten Mitgliederversammlung zu beraten und der Bezirksleitung das Ergebnis zu über-

mitteln.“ Weiter wurde ausgesprochen, daß die Zahlung eines Sozialisierungsbeitrages als beschlossene gelte, wenn sich die Mehrheit der Vereine dafür erklärt. Außerdem wurde festgelegt, mit dem 1. Juni wird die Zahlung des jetzigen Sozialisierungsbeitrages von 50 v. H. aufhöhen und vom 1. Juli an in Kraft treten, was die Vereine beschließen werden. In der Frage der Lohnbewegung erklärte sich der Bezirksrat mit den von der Bezirksleitung eingeleiteten Maßnahmen einverstanden. Sie soll auch weiter das Erforderliche veranlassen. Die Verhandlungskommission wurde wiedergebildet bis auf den Vertreter aus Rautenberg, an seine Stelle trat Kollege Weiskausen, Osterode. Der Bezirksausschuß wurde einstimmig wiedergebildet. Damit hatte der Bezirksrat seine Arbeiten um 4 Uhr beendet.

**Arbeitsmarkt.**

Den Baugeschäften zur Beachtung. Wer durch Anzeige unter dieser Rubrik Bauarbeiter anwerben will, lasse die Anzeige durch die Hände unserer örtlichen Vereinsleitung gehen. Anzeigen werden nur mit deren Zustimmung und dann unentgeltlich aufgenommen.

In Tefsin i. Mecklenburg sucht die Firma Carl Sagen, Bauunternehmer, 4 oder 5 Maurer.

Die Firma Schreiner & Müller in Chemnitz, Marchallstr. 14, 1. St., sucht Poliere für Schornsteinbau und Kesselmauerung für dauernde Arbeit.

**Berichte.**

Danzig. In Danzig lief am 31. März, wie im Reich, so auch unser Tarifvertrag ab. Rechtzeitig hatten wir den Unternehmern einen Entwurf für einen neuen Vertrag unterbreitet. In seinem Gegenentwurf verlangte der Arbeitgeberverband, die polnische Berufsvereinigung, die im ganzen Freistaat nur 22 Mitglieder zählt, solle als Vertragspartei angenommen werden. Die bisher bei Geburts-, Krankheits- oder Todesfall bis zu einem Arbeitszuge gewährte Lohnentziehung soll fortfallen. Waulegierte soll es auch ferner geben, doch sollen die auf der Baustelle beschäftigten Arbeiter je nur vordringenden und der Unternehmer soll sich aus 3 vorgelegten Namen einen ausführen, der ihm gefällt. Im Streitfalle soll der Schlichtungsausschuß entscheiden. Dazu kommen noch einige andere Forderungen. Aber diese dürften schon genügen, unsern Kollegen zu zeigen, wozu die Reize nach den Wünschen dieser Herren gehen soll. Puhlig ist es, daß der Arbeitgeberverband sich so sehr für die polnische Berufsvereinigung ins Zeug legt, wenn sein Vorstand doch nur aus acht „leutigen“ Männern besteht. Jedenfalls möchte er gern eine Streikbrechergarde nach Danzig ziehen und glaubt nun, in der polnischen Berufsvereinigung gefunden zu haben, was er sucht. Der Profit kommt aber vor dem Nationalismus. Während er aber diese kleine Gruppe als Vertragspartei anerkannt verlangt, wehrt er sich dagegen, unsern Verband als Teilnehmer an dem Poliervertrage anzuerkennen, weil die Zahl der bei uns organisierten Poliere und Schachtmeister seiner Meinung nach zu gering sei. Soll die polnische Berufsvereinigung an dem allgemeinen Tarifvertrag beteiligt sein, so fordern wir natürlich erst recht, daß unser Verband an dem Poliervertrag teilnimmt. Selbst dann, wenn Vertreter des Polierverbandes, wie nach Angabe die Arbeitgebervertreter erklärt haben sollen, sie wünschen nicht, daß unser Verband als Vertragspartei an dem Poliervertrag beteiligt werde, denn die Polierclubmitglieder wollen treu zum Meister halten, bei den Mitgliedern des Bauarbeiterverbandes trifft dies nicht zu. Da die Vertragsverhandlungen zu lange Zeit in Anspruch nahmen, so stimmten die Unternehmer nach einigen Straußen unsern Vorschläge zu, vorerst über die Lohnfrage zu verhandeln. Zu einer Einigung kam es jedoch nicht, und so mußte das Tarifamt tätig werden. Dies fällt am 1. April einen Schiedsspruch, wonach die bisherigen Löhne vom 1. April bis zum 1. Juni 1922 um 43 vom Hundert erhöht werden sollen. Beide Parteien haben diesen Schiedsspruch anerkannt. Die Stundenlöhne betragen demnach für das Lohngebiet Danzig-Stadt für Maurer, Zimmerer, Zementfabriker und Einrichter für Beton 16,10 M, für Bauhilfsarbeiter 15,56 M, für Erd- und Tiefbauarbeiter 15,10 M, für Zementarbeiter 15,80 M, für jugendliche 15 bis 17 Jahre alte Arbeiter 13,05 M, für jugendliche unter 15 Jahre alte Arbeiter 10,60 M. Für das Lohngebiet Großer Werder ist am 7. April vereinbart worden, daß der Schiedsspruch dort ebenfalls gelten soll. Die Löhne stimmen also mit den für Danzig-Stadt festgesetzten überein; außerdem ist für Mühlendarbeiter 14,80 M als Stundenlohn festgelegt worden. Für Danzig-Rand hoffen wir, demnachst zu einer Vereinbarung zu kommen.

Julda. (Der Pfarrer als Agitator der christlichen Gewerkschaften.) Friedlich haben die Arbeiter in Sammer und Umgebung, bisher durch die freien Gewerkschaften vertreten, für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse gestrebt. Die Ziegelei in Sammer, die vor dem Kriege beinahe 100 Arbeiter der dortigen Gegend beschäftigte, stellte der Profitsucht einiger Kapitalisten zum Opfer fallen. Viele Arbeiter wären dadurch zur Armut verdammt worden oder hätten ihre Familien verlassen, in der Fremde ihr Brot verdienen müssen. Hier verlagte christliche Nächstenliebe. Sie hätte ja auch den Kapitalisten in seiner Geldgier begehren können. Unser Verband in Julda hat sich dann dafür eingesetzt, daß der Betrieb (die einzige Ziegelei im dortigen Kreis) den Arbeitern als Protvertrieb erhalten bliebe. Staatskommissar und Landrat sowie die Gemeindebehörde machten ihm mobil, gestützt auf die Verordnung über Stilllegung und Abbruch von Betrieben. Schon zur Hälfte abgebrochen, gelang es, den Betrieb zu erhalten und wieder infandzugeben, so daß er einer Anzahl Arbeiter aus Sammer und Umgebung wieder Arbeit bietet. Dieser Erfolg des Deutschen Bauarbeiterverbandes ging jedoch dem Pfarrer von Sammer wider den Strich. Eines Tages lud er durch einen Handzettel zu einer Versammlung ein, worin er sich an die christlichen Arbeiter von Sammer und Weipzer wandte und ihnen sagte, heute müsse es sich entscheiden, ob in Sammer die freie (sozialistische) oder die christliche Gewerkschaft herrschen solle.

**Christliche Arbeiter**, schrieb er, laßt Euch nicht verzeuhalten von einer sozialistischen Winderheit. Dabei ist nicht ein einziger Bauarbeiter im christlichen Verbande. Unsere Kollegen werden ihren organisatorischen Zusammenhalt zu bewahren wissen. Sie sind nicht gewillt, ihn zersplittern zu lassen zugunsten kapitalistischer Ausbeuter. Sie weisen alle Querschnitte ab, mögen es christliche Drahtzieher oder andere sein. Sie wollen nicht zu Kapitalistensoldaten werden und deshalb in den freien Gewerkschaften bleiben. Sollten die Seelenretter an Bangeweise leben, so mögen sie wirkliche christliche Nächstenliebe leben, namentlich an den Armen und Hilfsbedürftigen, die keiner Organisation mehr angehören können. Für die organisierte Arbeitererschaft sorgen die freien Gewerkschaften, für die Bauarbeiter unser Verband, für das geistige Wohl berer, die danach verlangen, jorge der Seelenhirt.

**Einmündige.** Im 1. Quartal war die Bautätigkeit wegen des Frostwinters sehr gering. Die meisten Kollegen waren arbeitslos. Als wieder milderes Wetter herrschte, setzte eine rege Bautätigkeit ein. Viele Kollegen, die sich der Hülfezeit ungenutzt hatten, arbeiten wieder im Bauberuf. Das brachte unsern Verbande eine ganze Anzahl Aufnahmen. Bislang, das solange zu unserm Verein gehört hatte, erhielt eine eigene Sektion, da es den Kollegen zu weit und zu unständig war, nach Einmündige zu kommen. Im Januar und März mußten unsere Versammlungen wegen zu geringer Beteiligung ausfallen. Manche Kollegen schimpfen lieber auf den Baupläne, als daß sie in die Versammlungen kommen. Im Januar, wo die Bautätigkeit vollständig niedriger, haben wir unsere Söhne von 7,50 M auf 10,50 M verbessern können. Am 5. März war unser Lohnsatz abgelesen. Die neuen Lohnverhandlungen ergaben für die Zeit vom 6. bis 31. März 13,50 M und vom 1. bis 30. April 14,50 M als Stundenlohn für Maurer; Hilfsarbeiter erhalten 10 M weniger. Da Einmündige einer der teuersten Arbeiter ist, so reißt selbst dieser Lohn bei weitem nicht zu. Unsere Unternehmer sind ziemlich starkkäpfig. Wollten unsere Kollegen nur ihre Gleichgültigkeit aufgeben, so würden sie trotzdem höheren Lohn erzielen. Unser Tarif läuft am 30. April ab. Wir stehen somit vor neuen Lohnkämpfen. Da die Unternehmer dem Arbeiterverband nicht angehören, müssen die Lohnfragen dringlich geregelt werden.

### Bau-Werkmeister.

#### Reichstatarifertrag.

Wie schon aus den Bericht über die Verhandlungen zu dem Reichstatarifertrag für das Baugewerbe zu ersehen ist, haben die Arbeitgeberverbände gegenüber, mit dem Arbeiternehmerverbänden, über den Abschluß eines Reichstatarifertrages für die Bauere, Schächter, Wert- und Maschinenmeister sowie für die Bauaufseher zu verhandeln und sie als Vertragsträger anzuerkennen. Es ist auch bereits verhandelt worden, doch ist es noch nicht zu einem Abschluß gekommen. Es sollen verschiedene Abschnitte des Reichstatarifertrages, so der Geltungsbereich, Lebensstunden, Schlichtungseinrichtungen usw., übernommen werden. Der Wortlaut des Vertrages liegt aber noch nicht vor. Einfließen sind die weiteren Verhandlungen auf Dienstag, den 2. Mai, verschoben worden. Ueber die Grundlagen, die ein Verhandeln voraussetzt, besteht Einverständnis, und es ist aller Voraussicht nach zu erwarten, daß der Reichstatarifertrag für Bauere usw. noch vor dem Herbst abgeschlossen sein wird. Auf Einzelheiten möchten wir hier nicht weiter eingehen, da er erst nach den Verhandlungen ein Gesamtbild zu geben, möglich ist. Erwähnt sei jedoch, daß zu den Verhandlungen auch ein Vertreter des sogenannten Deutschen Schächtermeister-Bundes, Sig. Berlin, erschienen war; ob aus eigenem Trieb oder auf Verlangen der Arbeitgeber, wissen wir nicht. Über jedenfall würde diese Gelde Blume als Vertragsträger dem Wunsch der Arbeitgeber entsprechen. Wir haben die Arbeitgeber jedoch nicht im Zweifel darüber gelassen, daß wir an ein Verhandeln mit diesem Herrn nicht denken. Bei jeder Gelegenheit war festzustellen, daß dieser Arbeiternehmervertreter ein besonderes großes Interesse hat, das einen Vergleich mit dem eines Gleitanten vertragen würde. Trotz aller deutlichen Willens mit dem Kaufmann, wie man wohl sagt, hielt es dieser Herr nicht für nötig, sich zu entfernen, so daß er schließlich hinausgeschmissen werden mußte. Und dann ließ er sich den ganzen Nachmittag noch vor der Tür des Verhandlungsraumes herum, immer in dieser Nähe eines der Herren Arbeitgeber. Wenn wir uns schon zu Beginn der Verhandlungen darüber einig waren, diesen „Bund“ nicht in die Tarifgemeinschaft aufzunehmen, so hat das Verhalten dieses Herrn bewiesen, wie recht wir damit hatten.

### Gipser und Stuckateure.

**Düsseldorf.** In der Sektionsversammlung vom 5. April berichtete Kollege Kasper über das Ergebnis der am 23. März mit dem Stuckateureverband geführten Verhandlungen, daß die Unternehmer vom 23. März an eine Zulage von 1 M, und damit einen Stundenlohn von 21 M, befristet haben. Die Versammlung nahm dies Angebot an, verlangte jedoch, daß der Lohn bei den folgenden Verhandlungen wieder im Verhältnis zum Maurerlohn erhöht wird. Wenn der Mehrberuf sich an Werkzeug und Arbeitsleistung bedingt, so ist eine höhere Entlohnung. Nach einem Bericht des Kollegen Kaiser über den Verlauf der Sektionskonferenz und gründlicher Aussprache nahm die Versammlung eine Entschiedenheit an, worin sie dem Ergebnis der Konferenz im allgemeinen zustimmt, dabei aber ausdrückt, daß in der Ferienfrage die Beschäftigten unserer Sonderberufes zu wenig berücksichtigt sind; denn nur der geringste Teil unserer Kollegen dürfte in den Genuss von Ferien kommen, wenn diese von einer befristeten Arbeitsdauer in einem Geschäft abhängen sollen. Besonders erklärte sich die Versammlung gegen jede Vermittelung des Nachmittages. Bei der Generalsammlung soll beantragt werden, daß der Beschäftigte ausgehoben wird, wonach Bezirksvereinsangestellte nicht als Abgeordnete zum Verbandstage gewählt werden dürfen.

### Vom Bau.

**Blumenthal.** In der Zeit vom 1. April 1921 bis zum 31. März d. J. hat der Bautenkontrollrat 543 Bauten, teilweise mehrmals, besichtigt. Dabei waren immer noch mancherlei Mängel festzustellen. So fehlte es an den Baubuden in 3 Fällen, an Aborten in einem Falle. In 17 Fällen waren die Unfallverhütungsvorschriften nicht vorhanden und in 13 Fällen kein Verbandomaterial. Gerüste, Gerüstteile, Leitern, Abdeckungen usw. waren in 65 Fällen zu beanstanden. Kanäle, Baugruben, Kalkgruben und derartige Öffnungen waren in 16 Fällen nicht ordentlich eingeebnet oder abgedeckt. 2 Winterbauten waren nicht abgedichtet, in 2 anderen arbeiteten die Bauarbeiter bei offenen Kofseuern. Gebe- und Winterverrichtungen waren in 2 Fällen zu beanstanden, unvorschriftsmäßiges Sprengen in einem Falle. In 9 Fällen wurde vorchriftswidrig, in 5 Fällen ohne baupolizeiliche Genehmigung gebaut. Der Mängelbestand gab es somit noch viele. Konnte ein großer Teil auch auf Unordnung besichtigt werden, so müssen unsere Kollegen doch im Einnehmen mit den Bauvergebern und dem Bautenkontrollrat noch mehr als bisher dafür sorgen, daß derartige Mängel gar nicht erst entstehen. Erreichte derweil ist der Bauarbeiterlohn in der jetzt zweieinhalbjährigen Tätigkeit des Kontrollrates schon bedeutend besser geworden. Am 7. März dieses Jahres hat der Regierungsverwaltung in Stade eine Verordnung zum Schutze der Bauarbeiter erlassen, die keine Verbesserungen enthält, jedoch in ihrem § 7 bestimmt, daß Baubuden und Aorte nur gefördert werden können, wenn mehr als 10 Personen während der Hochbauaufsührung auf der Baustelle beschäftigt sind. Von dieser Zahl sollen Zimmerer und Sticker gar noch ausgeschlossen sein. Das ist natürlich eine sehr rückständige Vorschrift, und die Bauarbeitererschaft fordert, daß diese Vorschrift geändert wird.

### Soziale Rechtsprechung.

**rd. Wird die Eigenschaft eines Bauführers als Vertreter durch seine Entsendung nach einem auswärtigen Bau beeinträchtigt?** Kläger war längere Zeit als Bauleiter in einem Berliner Betriebe tätig und gehörte dem von den Angestellten der Firma gewählten Betriebsrat an. Gelegentlich der Ausführung von Arbeiten in einer auswärtigen Siedlung sandte die Firma den Kläger mit einem Kolter dorthin, wo dann die erforderlichen Handwerker und Arbeiter an Ort und Stelle engagiert werden sollten. Dorthin ließ auch die Firma den Kläger — ohne die Zustimmung des Angestelltenrates eingeholt zu haben — die Kündigung gehen, womit der Kläger jedoch nicht einverstanden war. Er verlangte Weiterzahlung des Gehalts und rückte gegen den Anspruch darauf, daß ihm ohne Zustimmung des Betriebsrates nicht gekündigt werden dürfe. Die Firma war demgegenüber der Meinung, der Kläger sei durch seine auswärtige Beschäftigung aus dem Berliner Betriebe ausgeschieden und habe dadurch die Mitgliedschaft zum Betriebsrat verloren. Weiter machte sie geltend, der Kläger könne Weiterzahlung nicht fordern; denn er habe durch anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft mindestens den Betrag seines Gehalts verdient oder verdienen können, worüber sie dem Kläger den Eid geschworen.

Das Landgericht I Berlin hat jedoch die Kündigung für unzulässig erklärt. Bei der auswärtigen Beschäftigung des Klägers, so heißt es in den Gründen, handelte es sich nicht etwa um dessen Ausschleusen aus dem Berliner Betriebe; denn es kam keine Verwertung eines Betriebes bei den auswärtigen Siedlungsarbeiten in Frage. Die ohne Zustimmung der Betriebsratverwaltung erfolgte Kündigung war also nach § 96 des Betriebsratgesetzes unzulässig. Was nun der Einwand der Beklagten angeht, der Kläger habe den Betrag seines Gehalts verdient oder verdienen können, so ist die Forderung der Beklagten ein Verdienstmögen unzulässig. Der Einwand der Beklagten ist jedoch nach § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuches insoweit gerechtfertigt, als der Kläger anderweitigen Verdienst tatsächlich gehabt hat. Es war daher auf Leistung eines Eides durch den Kläger über die durch Verwendung seiner Arbeitskraft in der fraglichen Zeit erworbenen Beträge zu erkennen. (Landger. I Berlin, 23 S. 52/21.)

**rd. Zuständigkeit des Gewerbegerichts für Ansprüche der Arbeitnehmer aus Entscheidungen des Schlichtungsausschusses.** Der beklagte Gewerbeunternehmer hatte mehreren seiner Arbeiter gekündigt. Der Schlichtungsausschuss hatte auf Einspruch der Arbeiter dabei entschieden, daß die Entlassung nicht gerechtfertigt sei. Der Unternehmer die Arbeiter wieder einzustellen und bis dahin zu entschädigen habe.

Die Arbeiter strengten vor dem ordentlichen Gericht die Klage auf Erfüllung dieses Spruches des Schlichtungsausschusses an.

Das Kammergericht hat indessen dahin entschieden, daß hier das Gewerbegericht zuständig sei. Wenn die Kläger meinen, es handle sich hier um keine gewerbliche Streitigkeit, denn ihre Ansprüche entständen nicht aus dem Arbeitsverhältnis, sondern aus der Entscheidung des Schlichtungsausschusses, so verkennen sie den Begriff der gewerblichen Streitigkeit. Die Ansprüche der Kläger haben ihren Grund in dem alten Arbeitsverhältnis. Denn wenn auch die Kündigung nur auf Grund des § 84 des Betriebsratgesetzes vom Schlichtungsausschuss beanstandet wird, die Entscheidung wegen Ablehnung der Wiedereinstellung also nur deshalb gefaßt werden muß, weil der Arbeitgeber sich weigert, einen neuen Arbeitsvertrag zu schließen, haben die Ansprüche doch ihren letzten Grund in dem alten Arbeitsverhältnis. Das gilt sowohl für den Lohnanspruch in dem Falle der Weiterbeschäftigung der Kündigten, wie auch für den Fall der Verpflichtung zur Entschädigung wegen Nichtwiedereinstellung. Denn auch diese Entschädigungspflicht hat ihre Wurzel in dem früheren Arbeitsverhältnis. (Kammergericht. VIII. 3in.-Sen.)

### Bücher und Schriften.

**Hochhaus.** Entwurf, Ausführung und Ausführung. Von Wilhelm Rißte. Verlag: Deutsche Bau-

zeitung, Paul Steinke, Breslau, Sandstraße 10 Preis 30 M. in festem Einband 35 M. Der Baufachmann findet in dem Buche nicht nur alles Wesentliche für die Bauausführung, sondern auch manches Wissenswerte über Heizung, Lüftung, Bewässerung, Kanalisation, Beleuchtung, Elektrizität, Gasverteilung, Müllabfuhr, Desinfektion und Straßenbau. Es wird ihm ein sehr willkommenes Nachschlagewerk sein, und zwar um so mehr, als man die letztgenannten Abteilungen selten so ausführlich in einem Buche vereinigt findet. Durch die gründliche Sachkenntnis, die große Sorgfalt und die Ausführlichkeit, mit denen die Durcharbeitung der einzelnen Kapitel erfolgt, ist bei aller Knappheit im Text ein unmaßloses, vorzügliches Sammelwerk entstanden, und dadurch einem längst empfundenen Bedürfnis Rechnung getragen worden. Das Werk kann daher nur jedem Baufachmann zur Anschaffung dringend empfohlen werden. Die zahlreichen klaren Abbildungen beleben den Text in wirkungsvoller Weise und ergänzen ihn an richtiger Stelle.

**Leitfaden zum Studium der Wirtschaftsgeschichte.** Von A. Seyler. Verlag: A. Schlick & Co. in Stuttgart. Preis 3 M. Bei Bestellung von weniger als 10 Stück ist der Betrag vorher einzulösen. Die Kenntnis der Wirtschaftsgeschichte ist zur Erklärung der gesellschaftlichen Verhältnisse unerlässlich. Ebenso schwierig ist es aber auch für den einfachen Arbeiter, zu dieser Kenntnis zu gelangen; denn meistens fehlen ihm Zeit und Lebnung, sich zu diesem Zweck in der sehr umfangreichen Literatur dieses Wissenszweiges zurechtzufinden und Belehrung daraus zu schöpfen. Lernfreudige und Suchende werden deshalb die Schrift des Genossen Seyler freudig begrüßen. Denn sie bietet ihnen wirklich einen leicht faßlichen und sicheren Leitfaden. Er führt durch die Entwicklung des gesamten Wirtschaftslebens von den einfachen Verhältnissen des Zusammenlebens vorgeschichtlicher Völker über antike, über altgermanische und andere Wirtschaftsformen, über die mittelalterlichen Wirtschaftszustände und die neuzeitliche Entwicklung des Kapitalismus bis zu seinen heutigen Formen. Ein besonderer Abschnitt ist den Organisationen gewidmet, die in den Kämpfen um die Wirtschaftsordnung tätig sind. Randbemerkungen erleichtern die Überfahrt über den behandelten Stoff, ein zweckentsprechendes Literaturverzeichnis gibt dem Leitfaden noch seinen besonderen Wert. Zudem, der sein Wissen vermehren will, namentlich unsern gewerkschaftlichen Mitarbeitern, den Betriebsvertretern, kann nur empfohlen werden, sich diese Schrift anzuschaffen.

### Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Verband folgende Mitglieder:  
**Altenstein.** (Mittel.) J. Braun, Hilfsarb., 29 J. alt.  
**Altenburg.** Franz Rosenberg, Maurer, 62 J. alt.  
**Mischaffenburg.** (Rath.) Bruno Kühne, S., 64 J. alt. (Großhohem.) Franz Loy, Hilfsarb., 61 J. alt.  
**Frankfurt a. M.** Adolf Komme, 50 J. alt.  
**Freiburg i. Br.** Peter Woll, Zementar., 70 J. alt.  
**Guben.** (Härtsteinberg.) Ernst Thierbach, Tiefbauar.  
**Heidelberg.** (Waldschell.) Ludwig Schmitt, W., 55 J. alt.  
**Köln.** Johann Bolten, Maurer, 46 Jahre alt.  
**Reiner Stein,** Hilfsarbeiter, 46 Jahre alt.  
**Witten.** Karl Lütke, 71 Jahre alt.  
**Quertfurt.** Franz Zahn, Maurer, 79 Jahre alt.  
**Stuttgart.** Karl Bilger, Maurer, 41 Jahre alt.  
**Trensbüttel.** Wilhelm Lohmann, W., 57 J. alt.  
 Ehre ihrem Andenken!

### Bau-Produktiv-Genossenschaft „Meulan“, Bremerhaven.

Bilanz am 31. Dezember 1921.

Aktiva		Passiva	
Kassa	566,- M.	Nationalbank	216081,46 M.
Debitoren	508282,20 „	Gesellschafts Schuld	179266,35 „
Gebäude	25200,00 „	Gesellschaftsanteile	16840,- „
Inventory	4410,- „	Reservefonds	11263,90 „
Depositen	1000,- „	Darlehen	82234,- „
Baumaterial	33501,- „	Nach zu zahlende	
		Umlösen	20000,- „
		Warenumschuß	37006,- „
		Kapitalbindende	640,- „
		Ertrübrigung	7727,49 „
			571059,20 M.

### Gewinn- und Verlustrechnung am 31. Dezember 1921.

Verlust		Gewinn	
Umlösen	40538,62 M.	Baufonto	1160924,63 M.
Söhne	1099831,57 „		
Steuern	4125,40 „		
Zinsen	8205,55 „		
Inventoryabshr.	495,- „		
Ertrübrigung	7727,49 „		
	1160924,63 M.		1160924,63 M.

Mitgliederbestand blieb unverändert, er betrug wie zu Anfang des Geschäftsjahres 121.

Der Postenstand beträgt 36200 M.  
 Der Vorstand: J. A. Meyer.  
 Der Aufsichtsrat: J. A. Groß.

### Bau- und Erdarbeiter-Genossenschaft „Wauhütte“ e. M. b. H., Schweinfurt a. M.

Durch Generalversammlung beschloß wurde die Liquidation der Bau- und Erdarbeiter-Genossenschaft „Wauhütte“ e. M. b. H., Schweinfurt a. M., beschloßen. Als Liquidatoren wurden Georg Kirchner, Maurer, Wilhelm Reeb, Maurer, Josef Schilling, Maurer, bestimmt. Wir fordern hiermit unsere Gläubiger auf, ihre Forderungen sofort bei uns einzureichen. Die Liquidatoren.

### Darmstadt.

Der Bezirksverein ist jetzt mit der Nr. 2331 an das Telephonnetz angeschlossen.